# PROTOKOLL

**über die 37. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr, am**

**Donnerstag, dem 14. September 1978, im Rathaus, I. Stock hinten, Gemeinderatsitzungssaal.**

**Beginn der Sitzung 14.30 Uhr**

**ÖFFENTLICHE SITZUNG**

Anwesend:

VORSITZENDER:

Bürgermeister Franz Weiss

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER:
Heinrich Schwarz
Karl Fritsch

STADTRÄTE:
Rudolf Fürst
Anna Kaltenbrunner
Konrad Kinzelhofer
Manfred Wallner
Leopold Wippersberger

GEMEINDERÄTE:
Johann Brunmair
Maria Derflinger
Vinzenz Dresl
Franz Enöckl
Karl Feuerhuber
Ernst Fuchs
Karl Holub
Walter Kienesberger
Walter Köhler
Ottilie Liebl
Rudolf Luksch
Franz Mayr
Therese Molterer
Josef Radler
Friedrich Reisner
Erich Sablik
Hubert Saiber
Johann Schodermayr
Ernst Seidl
Otto Treml
Alfred Watzenböck

VOM AMT:
Magistratsdirektor Obersenatsrat
Dr. Johann Eder
Kontrollamtsdirektor Oberamtsrat
Alfred Eckl
Präsidialdirektor Oberamtsrat
Roland Postler
VB Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:
OAR Walter Radmoser
VB Gerda Gugenberger

# TAGESORDNUNG

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

| | |
|---|---|
| 1) SanR-4268/78<br>Präs- 522/78 | Anfragebeantwortungen. |
| 2) Präs-500 | Mitteilungen. |
| 3) Präs-507/78 | Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt Steyr an Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky. |
| 4) Präs-486/78 | Förderung der Errichtung eines Motorenwerkes in Steyr. |
| 5) Bau5-5549/77 | Restaurierung des Schlosses Lamberg; Kostenbeitrag der Stadt, 1. Rate. |

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

| | |
|---|---|
| 6) Bau2-6436/72 | Flächenwidmungsplan für die Stadt Steyr; Planänderung. |
| 7) Bau3-2827/75<br>Bau2- 790/77<br>Bau2- 890/77<br>Bau2-1153/77 | Verkauf bzw. Umtausch von Grundparzellen in der Waldrandsiedlung. |

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

| | |
|---|---|
| 8) GHJ2-6140/74 | Ergänzung des GR-Beschlusses betreffend den Grundtausch Stadtgemeinde Steyr - Ehegatten Santa. |
| 9) GHJ2-1202/78 | Ankauf einer Grundfläche von Frau Melanie Czermak. |

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

| | |
|---|---|
| 10) Ha-1322/78 | Aufnahme eines Kommunaldarlehens bei der Merkur, Wechselseitigen Versicherungsanstalt, Graz. |
| 11) K-13/77 | Fassadenaktion 1977; Endzusammenstellung. |
| 12) Bau4-5000/73 | Neubau Zwischenbrücken; Mittelfreigabe. |

BERICHTERSTATTER STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:

| | |
|---|---|
| 13) Buch-3524/78 | Erhöhung der Kreditansätze bei verschiedenen Voranschlagsstellen der MA VI. |
| 14) GHJ2-3435/76 | Durchführung von Instandsetzungsarbeiten im städtischen Objekt Steyr, Straße des 12. Februar 1. |

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

15) Bau6-5707/78 — Kanalisation Steyr-Stein, 2. Bauabschnitt.

16) Bau6-1762/75 — Kanalisation Steyr-Dornach, 2. Bauabschnitt.

17) ÖAG-4270/78 Stadtwerke — Austausch der Niederdruckgasleitung im äußeren Teil der Sierninger Straße.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

18) Buch-4436/78 — Erhöhung der Kreditansätze bei VSt 1/0230/7280 (Fremdvermessung).

19) Bau4-5018/53 — Sanierung der Ennstalbrücke.

20) Bau3-2271/72 — Restarbeiten am Objekt Liebisch.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

21) Bau6-3099/78 — Detailprojektierung Ennsdüker I und Pumpwerk C.

22) Bau3-2827/75 — Aufschließung Waldrandsiedlung; Sanierung des Rutschgebietes.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

23) Bau3-1781/75 — Ausbau der Hubergutstraße - Ulricher Kreuzung; Auszahlung von Geldentschädigungen.

24) GHJ2-2700/78 — Abgabe einer Option an Dkfm. Hans Weinzierl zwecks Errichtung eines Hotels in Steyr.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Darf ich Sie bitten, die Plätze einzunehmen.
Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Gemeinderates, der Beamtenschaft und der Presse. Ich darf Sie zur heute einberufenen Gemeinderatsitzung herzlich begrüßen. Ich darf eingangs gleich die Feststellung treffen, daß zeitgerecht, allerdings nicht per Post, sondern per Boten, eine Ergänzung der heutigen Tagesordnung vorgebracht wurde, nämlich unter meinen Berichten, die Zuerkennung der Ehrenbürgerschaft an den Herrn Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky zu behandeln. Dies wird unter Tagesordnungspunkt 1) der normalen Tagesordnung behandelt werden.
Ich beginne wieder, wie üblich, mit den protokollarischen Feststellungen. Zunächst die Protokollfestlegung. Es sind vorgesehen Herr Gemeinderat Feuerhuber und Herr Gemeinderat Treml für dieses Mal. Ich sehe aus der Zustimmung beider Herren, daß sie die Funktion übernehmen.
Darüber hinaus teile ich mit, daß für die heutige Sitzung aus verschiedenen Gründen entschuldigt sind Herr Stadtrat Zöchling, die Gemeinderäte Mayrhofer, Manetsgruber, Herbert Schwarz, Dr. Stellnberger und Dr. Schneider. Ich bitte, diese Mitteilung dem Protokoll einzuverleiben. Entsprechend der zugegangenen Tagesordnung darf ich vor Behandlung dieser noch auf einige Anfragebeantwortungen von der letzten Sitzung eingehen und Ihnen zugleich einige Mitteilungen machen. Zunächst die Beantwortung verschiedener Anfragen aus der letzten Gemeinderatsitzung.

1) SanR-4268/78
Präs-522/78
Anfragebeantwortungen.

Am 27. Juli frägt Stadtrat Kinzelhofer an, unter folgendem Text:
"Ist der Stadtgemeinde Steyr bekannt, wann das Land Oberösterreich die Errichtung einer sportärztlichen Untersuchungsstelle im Landeskrankenhaus Steyr vorgesehen hat bzw. was gedenkt die Stadt Steyr zu unternehmen, um eine solche Einrichtung ehestmöglich nach Steyr zu bekommen?"
Dazu die Erklärung, daß ich bereits am nächsten Tag dem zuständigen Referenten des Landes Oberösterreich, Landeshauptmann-Stellvertreter Possart, geschrieben habe, der mir umgehend am 2. 8. die Antwort gab, daß hier in Steyr die gleichen Vorsorgeuntersuchungen für Spitzensportler vorgesehen werden, die es auch in anderen Teilen des Bundeslandes gibt. Ich möchte mir ersparen, den ganzen Bericht zur Kenntnis zu bringen. Ich darf jedoch einige Zitate daraus entnehmen, wo es heißt, wir rechnen in ganz Oberösterreich etwa mit 17.000 Sportlern, die in Frage kommen. Alle übrigen Sportler müssen im Sinne einer normalen Vorsorgeuntersuchung für ihre Gesundheit selbst etwas tun. Die Spitzen- und Leistungssportler werden selbst eingeladen, an diesen Untersuchungen teilzunehmen.
Die Angelegenheit soll vorbesprochen werden und wird unmittelbar nach meinem Urlaub fortgesetzt werden.
Ich bitte Sie, diese Mitteilungen mit den Erklärungen zur Kenntnis nehmen zu wollen.

Eine weitere Anfrage stellte Herr Gemeinderat Seidl in der letzten Sitzung, betreffend den Zusatzverkehr während der Sperre der Ennsbrücke bei der Absenkung der Neukonstruktion. Auch am 27. Juli gestellt, darf ich hier Herrn Seidl und den übrigen Mitgliedern des Gemeinderates die Antwort geben, durch die Praxis bereits überholt, daß ich unmittelbar nach der Gemeinderatsitzung sofort die Weisung erteilte, Möglichkeiten zu suchen, den Verkehr reibungslos abzuwickeln. Es wurden sofort zwischenzeitliche Turnusse eingeschaltet, um reibungslos vom Münichholz, Tabor und Ennsleite in den Stadtkern hereinzukommen. Ich habe keinerlei Beschwerde über diese Maßnahmen gehört. Ich darf annehmen und zitiere hier die Presseberichte, daß dies sehr gut angenommen wurde. Inzwischen ist bereits der Fußgeherverkehr über die Ennsbrücke aufgenommen wurden. Ergänzend dazu noch die Erklärung, daß natürlich auch durch die voraussichtliche Sperre im Oktober der Steyrbrücke auch eine Ersatzlösung gefunden werden muß. Diesbezüglich sind die Dienststeilen des Magistrates bereits angewiesen, geeignete Vorschläge an mich zu erstatten. Sobald ich diese besitze, werde ich Ihnen davon Mitteilung machen.
Das hat sich bezogen auf die Beantwortung von Anfragen. Darf ich nun mit einigen Mitteilungen aufwarten.

2) Präs-500
Mitteilungen.

Zunächst einmal der Hinweis, daß verschiedene Beschwerden über die schlechten Empfänge im ORF im Hörbereich eingetroffen sind, die auf Versorgungsschwierigkeiten beruhen. Ein Kontakt mit dem Intendanten des Studios Oberösterreich, Dr. Leopoldseder, hat ergeben, daß von dorther am Sender Tröschberg gewisse Veränderungen und Installationen eines Umsetzers vorgenommen werden. Die Inbetriebnahme dieser Neuinstallation wird Ende November erfolgen. Sodann ist zu hoffen, daß in ganz Steyr ein gleichmäßiges Rundfunkprogramm empfangen werden kann. Ich bitte um Kenntnisnahme dieser Mitteilung.
Ich darf eine weitere anschließen. Bei der letzten Aussprache mit Landeshauptmann Dr. Ratzenböck am 5. 9. hat sich herausgestellt, daß unsere Eingabe, beruhend auf ein Vorgespräch beim Beschluß des Landeshauptmannes in Steyr bei Besichtigung des Schlosses Lamberg, eine Übereinstimmung dahingehend erbracht hat, daß Land, Stadt und auch unter Zuhilfenahme des Bundes über das Denkmalamt nunmehr es möglich sein wird, die Finanzierung der Restaurierung der sogenannten Löwenapotheke, des Schadenhauses bei Zwischenbrücken, zu ermöglichen. Der Stadtsenat und der Gemeinderat werden zeitgerecht mit den entsprechenden Anträgen beschäftigt werden. Ich darf hinzufügen, daß es uns freut, daß diese Sorge, die der Besitzer des Hauses nicht bewältigen hätte können, auch die Stadt allein nicht,durch dieses Zusammenarbeiten verschiedener öffentlicher Einrichtungen nunmehr von uns genommen werden kann. Eine weitere Mitteilung noch, daß heute, das ist Ihnen sicherlich auch bekannt geworden, das war auch kein Geheimnis, die Überreichung von 3 Ehrenmedaillen, die Sie im Gemeinderat bereits im Juni beschlossen haben, erfolgte. Nämlich an Hofrat Dipl. Ing. Goldbacher, Prof. C. Watzinger, Herrn Franz Ruckerbauer, dem Leiter der hiesigen Lebenshilfe und daß dies vor dem Stadtsenat, vor der Presse, den leitenden Beamten des Hauses, stattgefunden hat. Ich darf Ihnen zur Kenntnis bringen und möchte das stellvertretend tun, daß sich alle Genannten herzlich beim Gemeinderat für die einmütige Entscheidung bedanken.
Darüberhinaus möchte ich auch die Grüße und den Dank des ausgeschiedenen Gemeinderates Hans Knogler übermitteln, der auch am heutigen Vormittag eine Ehrung für 22jährige Tätigkeit entgegengenommen hat. Ebenso Frau Baumann, Witwe nach dem verstorbenen Kollegen Baumann, der - wie bekannt - nach 23jähriger Tätigkeit aus unserem Kreis durch Tod ausgeschieden ist.
Schließlich noch die Nachricht an Sie, sie scheint mir auch bedeutungsvoll in mehrerlei Hinsicht, daß nunmehr die Revitalisierung des 450 Jahre alten Nebenhauses, Enns-kai 27, abgeschlossen ist. Ein Kostenaufwand von 9 Mill. hierzu eingetreten ist und dieses Haus mit einer gotischen Bausubstanz nunmehr einerseits der Einrichtung des neuen Archives dient in feuergeschützten Wänden, andererseits auch eine Beherbergung des häuslichen Kantinenbetriebes ermöglicht. Entgegen der bisherigen Übung, in 3 Schichten zu essen, nunmehr auf 2 Etappen das Essen im Hause abgewickelt werden kann und daneben noch einige Räumlichkeiten für die notwendig und dringend gewordene Erweiterung des Dienstbetriebes entstanden sind.
Dazu noch die Ergänzung, daß dadurch die Stadt Steyr, trotz des enormen Geldaufwandes, ein hervorragendes Beispiel leistet, ein altes Haus zu revitalisieren, einerseits die Bausubstanz zu sichern, zu erneuern und andererseits mit neuen Funktionen zu erfüllen. Ein Beispiel, das gerade von der öffentlichen Hand besonders notwendig scheint, wenn man weitere Beispiele auf privater Ebene nach sich ziehen will.
Das waren die Mitteilungen, die ich Ihnen pflichtgemäß zur Kenntnis bringen wollte.
Nunmehr treten wir in die ordentliche Tagesordnung ein.
Bitte sehr Herr Koll. Watzenböck!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!
Gemäß der Geschäftsordnung habe ich folgende Anfrage an den Herrn Bürgermeister zu richten. Vor 2 Jahren faßte der Gemeinderat auf Antrag der FPÖ-Fraktion den einstimmigen Beschluß, den Finanz- und Rechtsausschuß mit der Erstellung von Subventionsrichtlinien zu beauftragen. Dieser Ausschuß befaßte sich erst ein einziges Mal am 12. 5. v. J. mit diesem Anliegen. Herr Bürgermeister Weiss hat

bei dieser Sitzung des Finanz- und Rechtsausschusses die FPÖ ersucht , einen Entwurf von Subventionsrichtlinien vorzulegen. Diesem Ersuchen wurde postwendend Folge geleistet. Gemeinderat Fuchs hat eine Textvorlage an den Herrn Bürgermeister, an den Herrn Magistratsdirektor und an alle Fraktionen übergeben. Seither hat sich trotz mehrmaligem Ersuchen der Finanz- und Rechtsausschuß mit diesem Gemeinderatsauftrag nicht mehr befaßt. Ich erlaube mir daher, an den Bürgermeister folgende Fragen zu richten:
Kann ein GR-Beschluß, der einen Auftrag an einen Gemeinderatsausschuß enthält, ignoriert bzw. derart langgestreckt werden? Wenn nein, wann werden Sie den Finanz- und Rechtsausschuß mit der Fortsetzung des Gemeinderatsauftrages beauftragen?

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Danke. Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Es fällt mir, da es sich um keine neue Sache handelt, nicht schwer, darauf unmittelbar eine Antwort zu geben. Ich bin informiert, daß am kommenden Samstag die Soz. Fraktion eine Tagung abhält, die sich u. a. mit dieser Sache beschäftigen wird. Die Fraktion stellt immerhin die Mehrheit des Hauses dar. Ich werde daher auch zunächst abwarten, wie die Stellungnahme in dieser Frage lauten wird. Meine persönliche Meinung dazu kann ich heute nicht äußern. Ich darf nur hinzufügen, daß ich mich dagegen doch verwehren muß, einer Verschleppung eines ordentlich eingebrachten Antrages gezihen zu werden, denn letzten Endes hat der Finanz- und Rechtsausschuß sich so bald es ging, mit diesem Antrag beschäftigt, nur hat der Finanz- und Rechtsausschuß als Organ des Gemeinderates, als Ausschußgremium, keine Entscheidung getroffen. Wenn Sie mir demokratische Motive unterlegen, muß ich mich auch an Entscheidungen von Gremialorganen halten. Das als Antwort dazu. Sie werden zweifellos und das werde ich veranlassen, in der nächsten Zeit zu diesem Problem eine Stellungnahme im Gemeinderat erhalten können. Das wäre die Beantwortung, die ich zu Protokoll geben kann.
Eine weitere Anfrage, meine Damen und Herren, vor Eingang in die Tagesordnung, stelle ich nicht fest. Somit können wir die Tagesordnung, wie sie aufliegt, nunmehr behandeln.
Ich bitte um Übernahme des Vorsitzes durch Koll. Schwarz.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:
Ich übernehme den Vorsitz und erteile Herrn Bürgermeister das Wort zu Punkt 1) der Tagesordnung "Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Herrn Bundeskanzler Dr. Kreisky".

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
In Anbetracht der Verleihungswürdigkeit darf ich Ihnen zunächst den Antrag vorbringen, den Sie durch Boten zugestellt bekommen erhielten. Ich möchte mir zunächst nicht gestatten, nähere Erklärungen dazu abzugeben. Lediglich darauf eingehen, daß durch Vorgespräche mit den verantwortlichen Vertretern der verschiedenen 4 im Gemeinderat vertretenen Fraktionen Übereinstimmung dahingehend erzielt wurde, daß anzunehmen ist heute , daß ein einstimmiger Beschluß erfolgt, wenn es darum geht, einen Antrag zu behandeln, dem Herrn Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky die Ehrenbürgerschaft der Stadt Steyr zuzuerkennen.
Zu diesem darf ich Ihnen den Antrag in der Form vortragen:

3) Präs-507/78
Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt Steyr
an Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
in Anerkennung und Würdigung seiner besonderen Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen um die wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung der Arbeitsplätze, als Bundeskanzler der Republik Österreich, wird

Dr. Bruno Kreisky
zum Ehrenbürger der Stadt Steyr ernannt.
Die Eintragung im Ehrenbürgerbuch der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:
"Die Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner besonderen Verdienste um die Stadt Steyr als Bundeskanzler der Republik Österreich, im besonderen für seine Bemühungen um die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und die Sicherung der Arbeitsplätze".

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Behandlung folgen zu lassen.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:
Sie haben den Antrag gehört. Wünscht jemand zu diesem Antrag zu sprechen?
Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Wie schon Bürgermeister Weiss in seiner Einleitung hingewiesen hat, hat es in dieser Frage Vorbesprechungen mit den Fraktionsobmännern gegeben. Ich stimme der Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt Steyr an Bundeskanzler Dr. Kreisky zu. Die Ernennung zum Ehrenbürger unserer Stadt erfolgte laut Antrag, so wie ihn der Bürgermeister vorgetragen hat, in Anerkennung und Würdigung seiner Verdienste um die Stadt und im besonderen für seine Bemühungen um die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Steyr sowie der Sicherung der Arbeitsplätze. Im Amtsbericht wird weiter hingewiesen, daß Bundeskanzler Dr. Kreisky heute noch die Krisenzeit um 1930, das heißt die Arbeitslosigkeit tausender Steyrer Arbeiter in guter Erinnerung hat. Es daher seine Grundeinstellung sei, alles zu tun, damit künftige Entwicklung unserer Stadt zu sichern durch die volle Unterstützung der Bundesregierung. Es wird auch in Erinnerung gerufen, daß es durch die Unterstützung der Bundesregierung zu dem langfristigen Kooperationsvertrag zwischen dem Steyrer Konzern und der Soz. Volksrepublik Polen kam, der meiner Meinung nach in den letzten Krisenjahren, ich meine damit besonders die Jahre 1975, 1976, der Weltwirtschaftskrise, eine größere Arbeitslosigkeit in Steyr und Umgebung verhinderte sowie dadurch die Weiterentwicklung unserer Stadt sowie der Umlandgemeinden garantiert.
Ich möchte aber auch feststellen, daß Bundeskanzler Dr. Kreisky, daß bei ihm auch ein Umdenken in den Beziehungen zu den krisenfesten Soz. Ländern erfolgte und wie wir sehen, wirkt sich das auch positiv auf unsere Stadt aus. Die Beziehungen politisch und wirtschaftlich zu unseren Nachbarländern entwickeln sich in den letzten Jahren gut. Besonders in der letzten Zeit mit der deutschen demokratischen Republik und als ein Höhepunkt war der Besuch des Bundeskanzlers Dr. Bruno Kreisky in der DDR anzusehen. Davon, meine Damen und Herren des Gemeinderates, konnten sich kürzlich Bürgermeister Franz Weiss sowie unser Magistratsdirektor Dr. Eder bei ihrem Besuch in der DDR selbst überzeugen. Es wird erneut nächste Woche, und zwar am 20. 9., eine DDR-Wirtschaftsdelegation zu Gesprächen und Verhandlungen nach Österreich kommen. Ich hoffe persönlich, daß es zur verstärkten Einbeziehung spezialisierter österreichischer und auch Steyrer Betriebe bei den großen Investitionsvorhaben in der Deutschen Demokratischen Republik kommt. Nach meiner Information geht es bei diesen Verhandlungen um einen weiteren 1-Mill.-Auftrag.
Meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Abschließend möchte ich noch in Erinnerung rufen, daß der junge Dr. Bruno Kreisky gemeinsam mit den Steyrer Arbeiterfunktionären und dem Kommunisten Gustl Moser, der jedem noch bekannt ist aus seiner Funktionstätigkeit hier im Gemeinderat, während der schwersten Zeit Österreichs, in der Zeit des Faschismus, emigrieren mußte und in Schweden ein Komitee schuf und für die Befreiung Österreichs vom Faschismus aktiv wirkte. Unsere Zustimmung zur Verleihung der Ehrenbürgerschaft bedeutet jedoch keinesfalls eine Zustimmung bzw. Bejahung der allgemeinen Politik Dr. Kreiskys und seiner Bundesregierung.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke für diesen Beitrag. Wünscht noch jemand zu sprechen zu diesem Antrag? Ich sehe, daß das nicht der Fall ist. Ich teile dem Berichterstatter das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Meine Damen und Herren, mir fällt das Schlußwort nicht schwer. Wir alle erinnern uns noch an die Begebenheiten, die unsere Stadt im Laufe der Jahrzehnte mitmachte. Die Verbundenheit zu dem heutigen Bundeskanzler rührt nicht allein aus der Zeit seiner Kanzlerschaft. Vor allem auch sein Interesse für die Stadt und deren Bürger. Ich kann auch daran erinnern, daß ich hier im Gemeinderat vor etwa 1 1/2 Jahren berichten konnte, daß eine Delegation Steyrer Kommunalpolitiker bei der Bundesregierung war über Einladung des Kanzlers, wo Gelegenheit gegeben wurde, das Entwicklungskonzept und die Problemstellungen, die wir vor uns haben und die wir bewältigen möchten, vorzulegen. Eine ursprünglich relativ kurz angesetzte Besprechung, die sich dann über 3 Stunden ausdehnte, hat gezeigt und bestätigt, daß man das nicht nur als eine Pflichtübung angesehen hat seitens des Kanzlers, sondern das echte Bedürfnis seinerseits, deutlich zu bemerken war, sich über die letzten Entwicklungen in Steyr zu informieren und damit auch von seiner Seite alles zu unternehmen, um hier in Steyr da mitzuhelfen, die Situation meistern zu können, wo es notwendig ist.
Ich möchte keine Werturteile abgeben. Es ist aber gerade im Zusammenhang mit dem Geschäft der Steyr-Daimler-Puch AG und der Volksrepublik Polen so weit gediehen, daß die Deckung der Österr. Kontrollbank, mit Ermächtigung der Bundesregierung, bereits ein Viertel des gesamten Finanzierungsvolumens der Kontrollbank Österreichs erreicht hat, wodurch allein schon zum Ausdruck kommt, wie wichtig man in der Bundesregierung und seitens des Kanzlers gerade diese wirtschaftliche Verbindung zwischen den Steyr-Werken und dem Land Polen betrachtet. Das ist nur ein Grund, den ich hier in den Raum stellen möchte. Nachdem ich aber die Vorgespräche in dieser Richtung geführt habe und mir trotz verschiedener Erklärungen von allen Fraktionssprechern - ich nehme an, das wird heute bestätigt - gesagt wurde, ich kann dem Bundeskanzler beim Treffen am vergangenen Freitag in Wels die Mitteilung machen, daß der Gemeinderat voraussichtlich eine einhellige Meinung zur Verleihung der Ehrenbürgerwürde vertritt, glaube ich, daß mein Antrag bei Ihnen nicht ungehört verhallt, sondern allgemeine Zustimmung findet.
Ich bitte, den Beschluß zu fassen.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Ich ersuche Sie, wenn Sie dem Antrag die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand? Hat jemand eine andere Meinung? Enthält sich jemand der Stimme? Das ist nicht der Fall. Es liegt ein einstimmiger Beschluß des Gemeinderates vor.
Nächster Antrag bitte.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Sehr geschätzter Gemeinderat!
Wir kommen nun zu einem sehr gewichtigen Teil der heutigen Behandlung unserer Tagesordnung, denn es geht darum, die Gründung eines neuen Betriebes in Steyr, der in Kooperation zwischen dem Bayrischen Motorenwerk und der Steyr-Daimler-Puch in Österreich erstellt werden soll, für Steyr zu gewinnen. Das Thema ist in Presse, Rundfunk weitgehend ausgebreitet worden. Es wurde auch hier verschiedentlich diskutiert darüber. Es liegt ein entsprechender Amtsbericht vor, der die Gründe der Beschlußnotwendigkeit darlegt, sodaß ich mir sicher ersparen kann, noch detailliert - es sei denn, es wird gewünscht - darauf einzugehen. Die Tatsache, daß es verschiedene Bundesländer gibt, die sich um die Gründung dieses neuen Betriebes sehr bemühen, ist allgemein bekannt. Es ist ebenso bekannt -

das ist allerdings nicht ausschließlich Aufgabe einer Kommunalverwaltung, sondern mehr die einer Unternehmensführung, daß in Steyr gewisse Erschwernisse existieren, die man nur strukturell bereinigen kann. Aus diesen Gründen dürfte es dem Gemeinderat heute nicht sehr schwerfallen, auch zugleich unter Bedachtnahme auf die Hintergründe dieser ganzen Vorgangsweisen und Geschehnisse, den Beschluß zu fassen, 18 Mill. zur Gründung dieses Unternehmens in Steyr beizusteuern. Bezogen auf den Amtsbericht darf ich Ihnen daher den Antrag des Stadtsenates zur Kenntnis bringen, der lautet:

4) Präs-486/78
Förderung der Errichtung eines Motorenwerkes in Steyr.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Die Stadtgemeinde Steyr verpflichtet sich, die Errichtung eines Motorenwerkes durch die von der Bayrischen Motorenwerke AG und der Steyr-Daimler-Puch AG zu bildende Gesellschaft für Entwicklung , Produktion und Betrieb von Dieselmotoren mit dem Standort in Steyr, nach Maßgabe des Amtsberichtes zu fördern.
Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Stadtstatutes zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf noch ergänzen, daß ich unmittelbar als Bürgermeister der Stadt Steyr nach dieser Sitzung des Stadtsenates mit dem frisch gefaßten Beschluß zu Generaldirektor Malzacher nach Wien fuhr, ihm ein Schreiben unter Hinterlegung des Stadtsenatsbeschlusses vorlegte, um klar und deutlich auszusagen, daß die Stadt Steyr größten Wert darauf legt, im Interesse der heimischen Wirtschaft und im Interesse der Sicherheit von Arbeitsplätzen, den Betrieb nach Steyr zu bekommen.
Ich bitte Sie daher, zu dem Punkt die nötige Entscheidung herbeizuführen.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:
Sie haben den Antrag gehört. Er steht zur Diskussion. Der erste Redner ist Koll. Kinzelhofer. Ich ersuche ihn um seine Stellungnahme.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich glaube kaum, daß irgend ein Ereignis in unserer Stadt soviel Diskussion in der Bevölkerung heraufbeschworen bzw. diese so bewegt hat. Und zwar die Errichtung eines Werkes für die Beschäftigung weiterer Dienstnehmer in unserer Stadt. Es vergeht kaum eine Woche, ohne daß eine Mitteilung in der Zeitung, in irgend einer Tagespresse erschien. Der Herr Bürgermeister hat bereits verschiedene Punkte angeführt. Jeder glaubt bei dieser Stellungnahme oder Mitteilung in der breiten Öffentlichkeit bekanntzumachen , was es auf diesem Gebiet gibt. Für uns Steyrer ist das Motorenwerk , das verwirklicht werden soll, weder ein Politikum noch Propagandaobjekt, aber schon gar nicht ein Objekt zur Lizitation. Ich glaube, daß man solche Projekte nicht durch Überbieten versuchen soll zu bekommen, sondern durch sachliche Überlegungen. Für uns ist das Motorenwerk die Sicherung unserer Arbeitsplätze für die Zukunft. Wir kennen die Strukturschwächen der Fahrzeugindustrie in Steyr, wir wissen aber auch als Steyrer, daß es gerade die Steyr-Werke waren mit ihren Beschäftigten, die diesen Betrieb nach dem Krieg wieder errichtet haben, nach dem 2. Weltkrieg, und mit ihrer Beschäftigung den Wohlstand in unsere Stadt gebracht haben.
Aber es gibt in dieser Hinsicht keinen Stillstand und so müssen wir weiterhin den wirtschaftlichen Gegebenheiten Rechnung tragen und durch entsprechende Strukturverbesserungen und Anpassung der Produktion an die Erfordernisse der Zukunft vorsorgen. Wir wollen nicht nur mehr Arbeitsplätze haben, sondern die bestehenden sichern, das Angebot auf eine breite Basis stellen um damit der natürlichen Bevölkerungsentwicklung Rechnung zu tragen.

Daher, werte Damen und Herren, unterstützen wir, glaube ich, alle die Bemühungen unseres Herrn Bürgermeisters, der alles unternommen hat und alles unternimmt, um das Motorenwerk nach Steyr zu bringen. Es ist aber gerade heute notwendig, auch weiterhin den Herrn Bürgermeister zu ersuchen, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, zu verhandeln, um die Arbeitsplätze in Steyr zu errichten und zu sichern. Dazu soll heute, glaube ich, dem Herrn Bürgermeister das dementsprechende Rüstzeug bzw. Vertrauen geben.
Danke.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke Koll. Kinzelhofer. Als Nächster gemeldet hat sich Koll. Fritsch.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:
Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!
Es fällt mir heute hier sehr leicht, die Stellungnahme meiner Fraktion zum vorgelegten Antrag darzulegen. Sie fällt mir deshalb leicht, weil wir die Begründungen für unser klares und vorbehaltloses Ja bereits dargebracht haben anläßlich der Resolution zum heute heranstehenden Beschlußthema. Sie fällt mir aber deshalb auch sehr leicht, weil ich bereits die Sachverhalte dargelegt bekommen habe durch meinen geschätzten Vorredner. Weil die Sachverhalte für alle hier herinnen Sitzenden und von uns vertretenen Bevölkerungskreise eindeutig und klar sind. Die Notwendigkeit, die Zweckmäßigkeit,für Steyr dieses Motorenwerk zu bekommen, ist eine Unumstreitbare Tatsache, die sicherlich auch,unter Betonung unterstreiche ich die Worte des Vorredners, aus jeder politischen Diskussion herauszuhalten sind. Es ist auch sehr leicht festzuhalten, daß nicht nur die zuständigen Gremien der Stadt Steyr einerseits, sondern auch die dafür zuständigen Gremien des Landes OÖ., an der Spitze Landeshauptmann Dr. Ratzenböck, dieselben Meinungen, dieselben Intentionen und Absichten vertreten, wie sie heute hier kundgetan sind. Es ist hie eindeutig und klar festgestellt, daß in dieser Angelegenheit Stadt und Land gemeinsames Vorgehen bekunden, gemeinsame Interessen anmelden und alles, was in ihrer Möglichkeit und in ihrer Macht steht, auch tun werden, um den Erfolg zu bringen. Wobei ich selbstverständlich auch festhalten muß und ich kann das nur für den Bereich des Gemeinderates der Stadt Steyr darlegen, daß die Möglichkeiten bei einem gewissen Finanzplafond erschöpft sind. Daß die Möglichkeiten dann erschöpft sind, wenn die realistischen Finanzierungsvorschläge in unserer Stadt, aber auch des Landes Oberösterreich zur Erreichung dieses Zieles in den Bereich der Utopie zuordnen wären. Wir alle miteinander hoffen, wir hoffen aber zuversichtlich und fest, daß die Letztverantwortlichen an dieser Entscheidung, die im Bereich der Steyr Werke, aber auch der Bayrischen Motorenwerke liegen, diesen unseren Darlegungen, Überlegungen, diesen unseren Vernunftsgründen auch auf wirtschaftlicher und Arbeitskraftmarktbasis gesehen den Erfolg bringen werden. In diesem Sinne darf ich hier namens der Fraktion der ÖVP eindeutig und klar feststellen, daß wir diesen Beschluß gerne und freudig unterstützen. Daß wir auch all das tun werden, was in unserer Einflußsphäre steht, um das Motorenwerk, landläufig ausgedrückt, es auch nach Steyr zu bringen. Dorthin, wo es von der Chronologie, von der Historik der Steyr-Werke letztlich hingehört.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Als Nächstem darf ich Koll. Fuchs das Wort erteilen.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
An der Spitze meiner Ausführungen möchte ich unser selbstverständliches Jawort deponieren zu diesem Antrag. Daß Steyr die besten, wenn nicht allerbesten Voraussetzungen für die Situierung dieses BMW-Dieselmotorenwerkes besitzt, ist wohl eine unbestrittene Tatsache und ich glaube, daß diese meine Behauptung auch hinlänglich bekannt ist,sodaß ich darauf nicht näher einzugehen brauche.
Sicherlich ist es nicht gesetzwidrig, wenn andere Bundesländer sich ebenfalls um

dieses Werk bemühen. Wir leben ja in einem Staatsverband und unsere Staatsgrenzen enden ja nicht an den Steyrer Stadtgrenzen. Aber eines muß, glaube ich, doch etwas deutlicher als von den Vorrednern ausgesprochen werden. Ich glaube, daß in dieser Beziehung doch alle Fraktionen konform gehen. Das, was derzeit am Lizitationssektor geschieht, ist nicht besonders würdig oder zu würdigen und wertet letzten Endes auch gewisse politische Moralbegriffe ab. Wenn sich Bundesländer bemühen, dieses Motorenwerk zu bekommen, so sollen sie, so wie wir es auch tun, die verkehrstechnischen, arbeitskräftemäßigen Vorteile und Vorzüge anführen. Wenn sich Bundesländer kraft von Beschlüssen ihrer Landesregierungen bemühen, dieses Werk zu bekommen, dann wäre das sicherlich in Ordnung. Aber negativ merkwürdig ist es doch, wenn im Zuge von Wahlreden für den 8. Oktober eine Arbeitsplatzsicherung und Arbeitsplatzbeschaffung versprochen wird, indem unser Angebot aus dem Bundesland OÖ. um das Mehrfache überboten wird. Oberösterreich kann gar nicht mitmachen, weil wir das für 1979 zu erwartende Defizit bereits mit einer Summe von 1,6 Milliarden beziffert erhalten bekommen. Das heißt also, viel weiter als die bisherigen Angebote und Begünstigungen gegenüber den beiden Vertragspartnern kann wahrscheinlich das Land Oberösterreich nicht gehen. Steyr könnte sicherlich über diese heute zu beschließende Summe und den im Antrag angeführten Begünstigungen auch nicht gehen, denn ansonsten müssen wir, glaube ich sagen zu können, mit dem Kanalbau, Brückenbau und Straßenbau aufhören. Wir sind aber der Ansicht und wir gehen wieder konform mit Aussagen zuvor, daß die obersten Herren des Steyr-Werkes in dieser Frage eine etwas deutlichere Standorthaltung aufweisen sollten und sich nicht durch Lizitieren verwirren lassen sollen. Beide Vertragspartner, sowohl Steyr-Werk als auch BMW oder noch mehr, noch BMW gehören gewiß nicht zu den ernsten Betrieben. Meiner Ansicht nach müßte aber auch die Bundesregierung trotz der bevorstehenden Wahlgänge in Wien, in der Steiermark und im Frühjahr in Niederösterreich eine deutlichere Stellungnahme und wenn Sie so wollen, auch ein Machtwort abgeben. Vielleicht wird dann ein gewisser Optimismus, den wir noch haben dürfen, der auch mit anderen Fragen zu verbinden ist, für unsere Stadt Steyr gerechtfertigt. Allein eine rasche Bauzusage für die Errichtung der schon längstens versprochenen S 37, also der Schnellstraße von Steyr zur Westautobahn, könnte ein Umdenken zwischen den Vertragspartnern erzeugen. Wenn Sie so wollen, die Standortfestlegung beschleunigen. Aber dieser Straßenbau ist vornehmlich Sache des Bundes, aber sicherlich auch teils des Landes. Somit Sache vor allem der SP-Bundesregierung.
Vielleicht wird uns bei diesen vorhin aufgezeigten Zielen unser neuer Ehrenbürger helfen, denn er ist ab heute durch diesen Beschluß Steyrer.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke auch für diesen Beitrag. Koll. Treml ist der nächste Debattenredner.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Meine Vorredner haben im wesentlichen unterstrichen, daß wir unabhängig der politischen Zugehörigkeit zu einer Partei dafür eintreten, daß das geplante neue Motorenwerk in Steyr errichtet wird.
Koll. Kinzelhofer als Fraktionssprecher der Soz. Partei hat mit Recht unterstrichen, daß es gerade die Steyrer Arbeiter, die Ingenieure und Techniker waren, die im Jahre 1945, allein ohne Aktionäre, ohne Kapitalisten, den Betrieb in Gang setzten und auch den Betrieb wieder aufbauten. Ich kann mich sehr gut erinnern, als junger Mensch, als damals die drei demokratischen Parteien, sozusagen der ersten Stunde der Soz. Partei, der ÖVP sowie der Komm. Partei im Steyr-Werk der Menschen, die die Leitung dieses Werkes inne hatten, den Beschluß der Nationalisierung, sprich Verstaatlichung dieses Konzernes verlangten. Wenn dies damals nach dem Willen der drei demokratischen Parteien gegangen und durchgesetzt worden wäre, glaube ich, müßte sich der heutige Gemeinderat mit der Standortfrage nicht beschäftigen.
Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Schon bei der Beschlußfassung über das Entwicklungskonzept unserer Stadt und deren Umlandgemeinden im Frühjahr 1977 ha-

be ich darauf hingewiesen, daß unsere Stadt im oö. Zentralraum eine Außenseiterrolle spiele, da unter dem Druck des Steyr-Konzernes lange Zeit hindurch keine Betriebsansiedlungen im Raume Steyr getätigt wurden, wobei die damaligen Mandatare der Mehrheitspartei diesem Bestreben in die Hände gearbeitet haben. Ich erklärte auch damals, daß das Hauptproblem unserer Stadt bei der Sicherung der bestehenden und der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen liegt durch Betriebsgründungen und Erweiterung bereits bestehender Betriebe . Da meinte ich und sprach das auch damals aus , vor allem die Steyr-Werke . Durch neue Technologien und Rationalisierungsmaßnahmen in der kapitalistischen Gesellschaft, so auch im Steyr-Werk, stehen in zunehmendem Maße weniger Arbeitsplätze zur Verfügung, obwohl, wie jeder weiß, mehr notwendig wären. Jetzt besteht die Möglichkeit der Erweiterung der Steyr-Werke durch den Bau dieses Motorenwerkes in Steyr. Ein Werk zur Erzeugung von 100.000 bis 150.000 Pkw-Dieselmotoren jährlich , was rund 2 Milliarden an Investitionen erfordert und was rund 2.000 Arbeitsplätze schaffen soll. Auf Grund des Vertrages mit BMW muß davon der Steyr-Konzern rund die Hälfte, also 1 Milliarde Schilling aufbringen. Nun versucht man schon seit Anfang Juli einen möglichst hohen Betrag in Form von Subventionen aus Stadt, Land und Bund durch die Festlegung des Standortes zu erreichen. Es ist auch jedem allgemein bekannt, daß ich im Namen meiner Partei in der Öffentlichkeit, in der Presse und auch bei Gesprächen scharf gegen diese kapitalistischen Methoden und gegen diese Lizitationspolitik, gegen die Lizitation um die Standortfrage entschieden aufgetreten bin. Schon Anfang Juli hat es noch geheißen, daß die Stadt 15 Mill. Schilling an Steuergeldern zuschießen soll, und das Land OÖ. bereit war, 40 Mill. Schilling zu geben. Heute, wenige Wochen danach, wird beantragt, die Stadt soll nun 18 Mill. Schilling zuschießen und wie man hört soll das Land bereit sein, 54 Mill. Schilling zu geben. Da auch der Bund eine Förderung in der selben Höhe geben soll, bedeutet dies, daß das neue Unternehmen mit bekanntlich 50 %iger ausländischer Beteiligung an direkten Finanzmitteln bereits eine Starthilfe von 145 Millionen Schilling bekäme.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, dazu muß man noch die vom Bund bereits gegebenen Förderungsmittel für die Entwicklung des Prototyps in der Höhe von 24,6 Mill. und für die Entwicklung der Prototypen eines weiteren 4- und 6-Zylinder-Motors werden weitere 26,5 Mill. Schilling erforderlich sein, die bereits vom Wissenschaftsministerium mit 19,5 Mill. Schilling und anderen Fonds in der Höhe von 7 Mill. bereits zugesichert wurden. Wenn jetzt, zum Teil aus Wahlgründen, die Lizitation weitergeht, so stelle ich erneut die Frage, auch hier im Gemeinderat, wem soll das eigentlich nützen? Bei aller Berechtigung von öffentlicher Förderung der Sicherung der Arbeitsplätze, so darf doch damit kein kapitalistischer Kuhhandel verbunden sein. Schließlich dürfe nicht vergessen werden, daß eine solche Lizitation nicht nur dem inländischen Kapital nützt, sondern im gegebenen Fall auch dem Auslandskapital, nämlich den BMW-Werken in Westdeutschland. Nachdem jetzt schon monatelang über die finanzielle Unterstützung des Projektes verhandelt wird, ist es ganz einfach undenkbar, daß dabei nicht auch die Frage des Standortes behandelt worden ist. Das ganze Theater geht also darum, noch weitere höhere Beträge und Konzessionen von Stadt und Land herauszupressen. Es ist auch jedem Gemeinderat klar, daß ja neben dieser Millionenforderung auch andere Konzessionen von uns verlangt wurden, wie die Beistellung von notwendigen Wohnungen im Rahmen des öffentlichen Wohnbaues. Dazu habe ich ausführlich im Finanz- und Rechtsausschuß Stellung genommen. Daß heute schon die Steyr-Werke eine Monopolstellung haben besonders am Wohnungssektor, erstens einmal durch ihren großen Hausbesitz und zweitens, daß sie über das Einweisungsrecht im Wohngebiet Münichholz verfügen und jetzt noch dazu auch in dieser Frage hier Konzessionen verlangen. Dazu wird natürlich auch eine Unterstützung , wie es auch im Antrag heißt, bei der infrastrukturellen Maßnahme für dieses Betriebsgelände wahrscheinlich weitere viele Millionen Schilling aus der Stadt erforderlich sein. Die KPÖ und ich persönlich vertreten die Auffassung, daß der günstigste Standort für das Motorenwerk, wie ich das auch xmal in der Presse und in der Öffentlichkeit kundgetan habe, Steyr ist, weil hier im Hauptwerk und besonders im Raume des Wälzlagerwerkes bereits Objekte und Anlagen zur Verfügung stehen und auch der notwendige Grund ne-

ben dem Wälzlagerwerk vorhanden ist. Dazu kommt die international bekannte und anerkannte hohe Qualifikation der Steyrer Arbeiter besonders am Sektor des Motoren- und Fahrzeugbaues. Aus all den von mir aufgezeigten Gründen fordere ich erneut die Manager des Konzernes auf, daß mit diesem Kuhhandel und der Lizitationspolitik endlich Schluß gemacht wird und die Standortentscheidung im Sinne der notwendigen Arbeitsplätze in Steyr und Umgebung und nicht nur in kapitalistischen Profitinteressen getroffen wird.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:
Koll. Treml war der letzte bei mir gemeldete Debattenredner. Ich frage nochmals, ob sich noch jemand zu Wort meldet? Es ist das nicht der Fall und ich ersuche daher Herrn Bürgermeister um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Verehrter Gemeinderat!
Mir ist es verständlich, daß in dieser Frage jede Fraktion eine Standortbestimmung abgibt und sich dazu in entsprechender Weise äußert. Umsomehr wird es auch verständlich sein, daß ein ganz großes Tauziehen in Österreich begonnen hat zwischen den Bundesländern und Städten, um diesen Betrieb zu erhalten, zu bekommen. Es geht immerhin um etwa, in der ersten Phase, 1.000, eher 1.500 Arbeitsplätze. Es geht um eine Investition seitens der neu zu gründenden Gesellschaft zwischen BMW und Steyr in der Größenordnung inklusive aller Einrichtungen , also betriebsfähig, von 2 1/2 Milliarden Schilling. Ich betone, das sind 2.500 Millionen. Wenn Sie diese Größenordnung im Auge haben, dann können Sie auch als Gemeinderäte ermessen, nicht nur wir, sondern alle, die mit dieser Frage beschäftigt werden, wie bedeutsam diese Betriebsneugründung ist. Sie ist nämlich in der Nachkriegszeit meines Wissens die größte Betriebsgründung, die überhaupt seit Kriegsbeendigung in Angriff genommen wird. So gesehen ist es natürlich das Recht von jedem, ob es nun das Land Steiermark ist, ob es das Land Wien ist, Niederösterreich oder Oberösterreich, sich um diese Ansiedlung nach besten Kräften und unter Einsatz vieler hoher Investitionsbeiträge zu bemühen. Ich darf Ihnen versichern, daß gerade Oberösterreich und Steyr und ich muß hier mit einer gewissen Befriedigung sagen, daß es einen ständigen Kontakt gegeben hat zwischen der Landesregierung, dem Landeshauptmann und mir als Bürgermeister der Stadt Steyr, sodaß ich laufend informiert wurde über die Vorgänge, über Verhandlungsvorschläge. Es hat auch kürzlich ein sogenanntes letztes Gespräch gegeben , die Folgen dieses Gespräches sind mir noch unbekannt. Die Tatsache allein aber, daß hier viele Hürden zu überbrücken sein werden, um den Betrieb für Steyr zu retten, ist unbestreitbar. Ich möchte nicht verhehlen, soweit sie es nicht gelesen haben in den Zeitungen, daß das Land Steiermark eine Pauschalsumme von S 500 Millionen geboten hat, inklusive der Beistellung der Betriebsanlagen mit Grund. Gedacht ist dabei an die aufgelassene Junior-Fahrradfabrik in Köflich. Die Gemeinde Wien bietet 200 Mill. Schilling inklusive aller Grundbeistellungen, aller Aufschließungen. Ein Angebot, das wesentlich realistischer aussieht. Oberösterreich bietet bis jetzt wesentlich weniger, Niederösterreich hat sich erst kürzlich wieder zu Wort gemeldet durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ludwig, der für Wirtschaftsfragen zuständig ist. Ich könnte eine Pressemeldung zitieren, sofern sie die Aussage richtig wiedergibt, sagt Ludwig, daß er auch bereit wäre, daß seitens des Landes Niederösterreich ein Finanzierungsbeitrag beigestellt wird, wenn der Betrieb nach Steyr kommt. Aus dem einfachen Grund, weil nachweislich 28 % der in den Steyr-Werken beschäftigten Dienstnehmer aus dem Bundesland Niederösterreich stammen. Wenn es hier zu Rezessionen kommt, so ist es unvermeidlich und unser erstes Anliegen als Gemeinderat der Stadt Steyr, daß jene Arbeitsplätze gesichert werden, die von Steyrer Beschäftigten besetzt sind. Umsomehr ist natürlich auch die Sorge Niederösterreichs in dieser Richtung zu verstehen und kann uns dabei nur als Hilfestellung dienen.
Ich möchte auch gerade den politischen Akzent nicht verschweigen, mir scheint manches was hier gesagt wurde zweifellos richtig zu sein. Genauso, und hier teile ich die Meinung des Landeshauptmannes und der Landesregierung, daß Anbote. in der

Größenordnung von 500 Mill. aus dem Lande Steiermark bei der Bekanntheit der Budgetlage weitaus überspannt scheinen und niemand weiß, wie diese Summe aufgebracht werden könnte. Daraus leitet sich für die Kenner der Lage ab, daß es sich hier doch mehr oder weniger um eine für die Landtagswahl in der Steiermark verwendete Auswertung handeln kann. Ich möchte das selbe Argument auch nicht für die Gemeinde oder für das Land Wien unter den Tisch fallen lassen. Diese Länder, Gemeinden und Städte kämpfen nun einmal um Betriebe dieser Größenordnung, die nun einmalig in der Gründung in dieser Art sein werden. Wir als Steyrer kämpfe genauso und ich betone nochmals in der Wiederholung dessen, was ich einleitend gesagt habe, es ist nicht vornehmliche Aufgabe einer Kommunalverwaltung, eine Betriebsgründung ausschließlich zu finanzieren oder mit großen Investitionsbeiträgen auszustatten. Es ist vornehmliche Aufgabe einer Unternehmensleitung, dafür zu sorgen, daß erkannte Strukturschwächen aus eigenen Kräften und Mitteln unterbunden, beseitigt werden, durch geeignete Maßnahmen ersetzt werden. So ist auch die Betriebsgründung in Steyr aus dieser Sicht für uns alle erkennbar. Das alles enthebt uns nicht weder der Sorge noch der Verpflichtung weiterzudenken und nicht nur an die bis jetzt aufgewendeten und im Stadtsenat beschlossenen Mittel zu denken, sondern vor allem unser Denken daran zu verschwenden, daß wir nicht nur heute, sondern für später und für viele Jahre oder Jahrzehnte eine Tat setzen können, oder helfen können sie zu setzen, die der familienpolitischen Lage der Steyrer Bevölkerung, der wirtschaftlichen Situation der heimischen Wirtschaft generell, und auch den sozialen Verhältnissen in der Stadt und im Umland bestens dienen kann.
So glaube ich, daß wir den Beschluß trotz aller Überlegungen, trotz aller Einwände dennoch fassen sollen. Ich möchte Sie noch um etwas bitten. Ich kenne die letzte Entwicklung derzeit nicht. Es soll in nächster Zeit zu Gesprächen, vielleicht zu abschließenden Gesprächen zwischen den Verhandlungspartnern für die Gründung dieses neuen Betriebes kommen. Sollte es sich als notwendig erweisen, um diesen Betrieb für Steyr zu gewinnen, so müßten wir auch noch bereit sein, zu den bereits erbrachten Opfern etwas zuzulegen, wenn wir uns der Verantwortung bewußt sind, die damit verbunden wäre, wenn wir auch diesen letzten Anstoß versäumen, und damit eine große Chance für Steyr und die hiesige Wirtschaft und die hier wohnenden Arbeitnehmer nicht ergreifen.
So glaube ich müßte der Gemeinderat zur Entscheidung kommen, daß dieser Beschluß über die gemäß Amtsbericht vorliegenden S 18 Mill., die der Stadtsenat schon genehmigt hat, zu entscheiden.
Abschließend noch ein Hinweis. Es war nicht sehr glücklich, ich darf hier im Einvernehmen mit den Kollegen Fritsch und Schwarz, beide waren beim ersten Gespräch bei der Landesregierung als Gesprächspartner mit dabei. Wir haben bewußt vermieden, hier im Gemeinderatsaal bei der Berichterstattung von konkreten Zahlen zu sprechen. Herr Gemeinderat Fuchs, obwohl sie nicht Gesprächsteilnehmer waren, sondern auf Umwegen diese Information erhalten haben, sie nicht vertraulich behandelt haben, haben Sie hier in der öffentlichen Sitzung den Betrag von 40 Mill. als Landesförderungsbeitrag für die Gründung des Betriebes öffentlich genannt. Ich überlasse es Ihnen zu beurteilen, ob die weiteren Folgen und Veröffentlichungen nicht gerade auf Ihre Äußerung zurückzuführen waren, gerade die Gegenvorschläge hervorgebracht hat.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ERNST FUCHS:
In Linz ein offenes Geheimnis, Herr Bürgermeister!

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Ich möchte hier wirklich keine Werturteile sprechen, denn das Problem dieser Betriebsgründung ist so ernst, meine Damen und Herren, das Problem steht in Schwebe und an uns liegt es weitgehend, auch dafür zu sorgen, daß es eine positive Entscheidung für Steyr und für die Steyrer wird.

In diesem Sinne bitte ich Sie, meinem Antrag zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke Herrn Bürgermeister für das Schlußwort, im besonderen für die sehr ernsten letzten Worte. Auf Grund der Erklärungen der einzelnen Fraktionen ist anzunehmen, daß eine Einhelligkeit vorhanden ist. Der Ordnung halber darf ich Sie aber doch bitten, wenn Sie dem Antrag die Zustimmung geben, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke. Hat jemand eine andere Meinung? Enthält sich jemand der Stimme? Ich darf auch hier feststellen, daß ein einstimmiger Beschluß des Gemeinderates vorliegt.
Ich bitte um den nächsten Antrag.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Nun lege ich Ihnen einen Antrag des Stadtsenates vor, der sich mit der Restaurierung des Schlosses Lamberg beschäftigt. Es handelt sich dabei um die erste Rate des beschlossenen Kostenbeteiligungsbeitrages der Stadt Steyr. Der Antrag lautet:

5) Bau5-5549/77
Restaurierung des Schlosses Lamberg;
Kostenbeitrag der Stadt, 1. Rate.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 16. 8. 1978 wird als 1. Rate für die Restaurierung des Schlosses Lamberg - Kostenbeitrag der Stadt der Betrag von

S 350.000,--
(Schilling dreihundertfünfzigtausend)

als außerplanmäßige Ausgabe bei VSt 5/3630/7280 bewilligt. Die Deckung hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen.
Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie, auch diesem Antrag beizutreten und vielleicht auch einmal die Gelegenheit zu ergreifen, die bisherigen Restaurierungsarbeiten im Schloß zu betrachten, sie sind schon weitgehend vorangetrieben und ich kann die erfreuliche Mitteilung machen, daß entgegen der ursprünglichen Absicht es nunmehr doch möglich erscheint, auch die Außenfassade noch in diese Restaurierung mit einzubeziehen. Das wäre für uns alle, glaube ich, das schönste Geschenk bei diesen Arbeiten.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:
Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Köhler bitte.

GEMEINDERAT WALTER KÖHLER:
Wertes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren!
Für alte Steyrer mutet es fast wie ein Wunder an, das Schloß Lamberg, der historische Mittelpunkt unserer alten Eisenstadt, der dominierende Baukörper in der Innenstadt, wird tatsächlich restauriert. So hoffe ich, daß auch die Initiative unseres Bürgermeisters Weiss und des Landeshauptmannes Dr. Ratzenböck durchschlägt, der zufolge auch die Außenfassade noch hergerichtet werden soll. Unsere Stadt wird wohl jetzt von Tag zu Tag schöner. Wandert man durch die alten Gassen, über unsere Plätze, ist man überrascht, mit welcher Begeisterung hier von den Hausbesitzern, von der Stadtverwaltung, aber auch vom Bundesdenkmalamt die Restaurierungen in Angriff genommen werden. Scheinbar wirkt das Ganze ansteckend. So kann ich nur hoffen, daß auch die wenigen Schandflecke im Altstandensemble noch von dieser erfreulichen Entwicklung angesteckt werden, denn noch ist es Zeit, diese zu beseitigen. Anscheinend ist auch bei der alten Bezirkshauptmannschaft bereits eine Lösung gefunden worden. Der Vertrag bedarf meines Wissens nur mehr der Genehmigung der zuständigen Bundesbehörden. Auch für das Meditzhaus, das ist ja kein Geheimnis mehr, bestehen bereits konkrete Pläne. Im städt. Grund-

besitz muß ebenfalls festgestellt werden, daß Haus für Haus einer Sanierung zugeführt wird. So ist doch zu hoffen, daß die Initiativen, die wir zur Tausendjahrfeier gesetzt haben, und vor allem die Aktivitäten, die das Komitee für die Tausendjahrfeier angesprochen hat, uns das gemeinsame Ziel erreichen lassen, nämlich Steyr 1980 in einem Erscheinungsbild erstrahlen zu lassen, das seinem historischen und baukünstlerischen Wert entspricht.
Ich appelliere daher nochmals an den Bürgermeister und an die zuständigen Stadträte, im Bezug auf noch zu restaurierende Objekte ebenfalls helfend und wo es notwendig ist auch vermittelnd einzugreifen, damit die großen Erschwernisse, die der einzelne Besitzer manchmal auf sich nimmt, doch in irgend einer Form gemildert werden. Unser Regulativ, das wir im vergangenen Gemeinderat beschlossen haben, wird sicherlich dabei wertvolle Hilfe leisten.
Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:
Wünscht noch jemand zu diesem Antrag zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Der Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wenn Sie demAntrag die Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Auch hier ein einstimmiger Beschluß.
Ich danke für die Berichterstattungen und ersuche um Übernahme des Vorsitzes.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Ich übernehme wieder den Vorsitz und bitte als nächsten Referenten und Berichterstatter Koll. Schwarz zum Pult.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:
Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen 2 Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen. Der erste beschäftigt sich mit dem Flächenwidmungsplan für die Stadt Steyr. Es scheint mir notwendig, auf Grund der besonderen Situation einige Punkte aus dem Amtsbericht zu zitieren.
Auf Grund der bisher vorgenommenen Verfahrensmaßnahmen zur Erstellung des Flächenwidmungsplanes für die Stadt Steyr nach den Bestimmungen des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 18/1972 in der Fassung der Novelle LGBl. Nr. 15/1977, insbesondere jedoch der Prüfung des Amtes der OÖ. Landesregierung gem. § 21 Abs. 5 leg. cit. hinsichtlich des vom Gemeinderat der Stadt Steyr in der Sitzung vom 15. Dezember 1977 beschlossenen Flächenwidmungsplanes, soll nunmehr eine Planänderung vorgenommen werden. Im besonderen sollen die im bereits zur Einsicht aufgelegenen Flächenwidmungsplan ausgewiesenen Flächen als "Gebiete für Geschäftsbauten" an der Bundesstraße B 337 und im Bereich des ehemaligen Bauerngutes "Stadelmayr" an der Bundesstraße B 122 südlich der verlängerten Kaserngasse nunmehr als "gemischte Baugebiete" gewidmet werden. In "gemischten Baugebieten" dürfen gemäß § 16 Abs. 7 leg. cit. nicht wesentlich störende Betriebe, sowie Bauten, die in Wohn- und Kerngebieten zulässig sind, errichtet werden.
Der entsprechende Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses lautet:

6) Bau2-6436/72
Flächenwidmungsplan für die Stadt
Steyr; Planänderung.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Auf Grund des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 4. September 1978 wird gemäß § 21 Abs. 4 OÖ. Raumordnungsgesetz in der geltenden Fassung nach Durchführung eines Verfahrens gemäß § 21 Abs. 4 leg. cit. der Flächenwidmungsplan für die Stadt Steyr in der zum seinerzeitigen Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 15. Dezember 1977 abgeänderten und in der Zeit vom 14. August 1978 bis 25. August 1978 aufgelegenen Form beschlossen.

Die Kundmachung des Flächenwidmungsplanes erfolgt nach Vorlage beim Amt der OÖ. Landesregierung als Aufsichtsbehörde gemäß § 21 Abs. 5 leg. cit. nach § 62 des Statutes für die Stadt Steyr durch Kundmachung im Amtsblatt für die Stadt Steyr.

Ich bitte Sie, die Diskussion bzw. die Abstimmung über diesen Antrag herbeizuführen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Meine Damen und Herren, Sie haben die ausführliche Darstellung des Antrages gehört. Ich sehe bereits einige Wortmeldungen. Erster GR Dresl, zweiter Redner Kollege Fritsch, dritter Herr Gemeinderat Fuchs.

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich glaube es ist wirklich nicht notwendig, nochmals eine Diskussion der vorjährigen Gemeinderatsitzung im Steyrer Gemeinderat über Großkaufhäuser abzuführen. Was wir wollen ist, möglichst rasch einen Flächenwidmungsplan, der im Einklang mit den überörtlichen Raumordnungszielen der OÖ. Landesregierung steht und geeignet ist, die Voraussetzung für die städtebaulichen Entwicklungen unserer Stadt sicherzustellen. In einer sehr sachlichen Aussprache haben die Vertreter der OÖ. Landesregierung und der Stadt Steyr Meinungsverschiedenheiten, die zu diesem Flächenwidmungsplan noch bestanden haben, ausgeräumt. Es war keine politische Diskussion, die darauf abzielte, unvollständige Informationen auszusenden, sie hatte auch nichts mit Presseaussendungen zu tun, die keineswegs die Problematik in sachlicher Form aufzeigten, hier muß schon wohl mehr die allgemeine Presseberichterstattung hervorgehoben werden, in der sich eigentlich alle Zeitungen bemühten, die Überlegungen, wie sie den Gemeinderat aber auch die Verwaltung bewegten, darzustellen. Ein Flächenwidmungsplan stellt eben eine Gesamtlösung dar, bei der die Einzelinteressen nicht eingeordnet, aber niemals auf Kosten der Allgemeinheit zur Gänze berücksichtigt werden können. Eine Demokratie besteht nun einmal aus Diskussion und im Interessenausgleich. Nicht der ist undemokratisch, der die Einzelinteressen nicht 100%ig berücksichtigt, sondern der, der solche Interessen zum Justamentstandpunkt macht.
Ein Flächenwidmungsplan ist auch nicht des Exerzierfeld für parteipolitische Überlegungen. Ich muß daher auch hier den Vertretern auf Landesebene, die sich aufrichtig bemüht haben, für Steyr einen annehmbaren Flächenwidmungsplan zu erhalten, die Anerkennung aussprechen. Hier wurde bewiesen, daß in Sachfragen stets ein Konsens möglich ist, vorausgesetzt, daß das Gemeinsame gesucht wird und nicht das Trennende betont wird.
Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates! Wenn wir die Entwicklung um Steyr sehen, müssen wir feststellen, daß seit unserem ersten Beschluß über den Flächenwidmungsplan im Dezember vergangenen Jahres, genauer gesagt am 15. Dezember des vergangenen Jahres, der übrigens abgeändert werden soll, bereits in unmittelbarer Nähe ein Großkaufhaus im Landbezirk entstanden ist. Konkret ist auch bekannt, daß ein zweites Großkaufhaus in einem aufgelassenen Kino errichtet werden soll. Was sich im niederösterreichischen Raum abspielt, wissen wir überhaupt nicht. Wir wissen auch gar nicht, ob sich noch neue G roßmärkte in Steyr etablieren. Aber die Möglichkeit dazu sollen wir ihnen schon schaffen, denn sonst wird Steyr eine Stadt der Versäumnisse werden, wie es uns oft gegenüber von Wels auf dem Sektor des Handels vorgeworfen wurde. Wir sind dabei, aufzuholen. Sicherlich werden dadurch bestehende Strukturen beeinflußt werden. Ich bin aber überzeugt, daß die Mobilitäten unserer Gewerbetreibenden wohl in der Lage sind, diese Neuentwicklungen in Rechnung zu stellen, und durch Spezifizierung ihrer Angebote und jener großen Sorgfalt die Angebote auszuwählen, sicherlich für Warenhäuser, die diese Anbote in großen Massen anbieten, auch für den Kleingewerbetreibenden, wenn er seine Auswahl dementsprechend trifft, eine gute Ausgangsposition in Steyr findet.

Im übrigen stellt der Beschluß, der heute gefaßt werden soll, sowieso eine echte Begrenzung dar. Anstelle von 3 Geschäftsbaugebieten für die Errichtung von Großkaufhäusern soll nur mehr ein einziges, nämlich nördlich der Kaserngasse, bestehen bleiben. Damit ist eine unkontrollierte Ausweitung der Anzahl der Großkaufhäuser für die nächsten Jahre verhindert. Auch auf diesem Sektor besteht also ein geordnetes Verhältnis.
Zu bedenken ist ferner noch, ob überhaupt auf Grund des inzwischen eingetretenen Zeitverlustes ein Unternehmen sich noch bereitfindet, in Steyr ein solches Warenhaus zu errichten.
Eines muß jedoch auch hier im Steyrer Gemeinderat ausgesprochen werden, es wird immer Probleme geben, wenn durch so grundsätzliche Beschlüsse über einen Flächenwidmungsplan Möglichkeiten und neue Wege eröffnet werden. Wir können aber keinen Glassturz über uns alle, über unsere Industrie, über das Gewerbe und über unsere Geschäfte stellen. In einer ständigen Herausforderung muß die Entwicklung den modernen Erfordernissen Rechnung tragen. Wir leben in einer sogenannten freien Marktwirtschaft, diese setzt eben Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten voraus, die unter Umständen für bestehende Einrichtungen Konkurrenz bedeuten können. Das kann aber nicht durch dirigistische Maßnahmen abgewendet werden, sondern lediglich - wie schon erwähnt - durch Verbesserung der Strukturen des Angebots und allenfalls eines besseren Services der Einzelnen.
Unser Flächenwidmungsplan schafft Voraussetzungen für jede Entwicklung. Für den Groß- und Detailhandel, für das Kleingewerbe, für das mittlere Gewerbe, aber auch für die industrielle Entwicklung. So gesehen ist der Flächenwidmungsplan eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung unserer Stadt, und ich bitte daher nochmals, Ihre Entscheidung zu überlegen. Im Vordergrund steht, daß wir eine geordnete Entwicklung unserer Stadt in Form eines Raumordnungskonzeptes benötigen. Je länger wir die Erstellung eines solchen hinauszögern, desto mehr machen wir uns Versäumnisse schuldig, die wir mit Berücksichtigung von Einzelinteressen kaum begründen können. Springen Sie daher über einen kleinen Schatten , der vielleicht in Ihren Überlegungen besteht, zugunsten einer geordneten Entwicklung, für die Zukunft der gesamten Stadt Steyr.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Danke. Nächster Sprecher ist Bürgermeister-Stellvertreter Fritsch.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:
Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!
Der Flächenwidmungsplan der Stadt Steyr , der zur Beschlußfassung heransteht, ist das Produkt langwieriger Verhandlungen und eingehender Beratungen, in denen auch der ÖVP-Fraktion akzeptable Kompromißlösung bezüglich der künftigen Errichtung von Großkaufhäusern im Bereiche der Stadt Steyr erarbeitet werden konnte.
In den Verhandlungen zwischen Land und Stadt ist es nämlich gelungen, entgegen den ursprünglichen, von uns dazumals nicht gut geheißenen Intentionen des Planes, 3 Großkaufhäuser zu etablieren, die Reduktion auf einen Supermarkt, welcher nördlich der verlängerten Kaserngasse an der Voralpenbundesstraße vorgesehen ist, zu erreichen. Diese Lösung stellt für die Aufrechterhaltung der Nahversorgung im Sinne des OÖ. Raumordnungsgesetzes sicherlich kein Optimum dar. Kann aber für die künftige Entwicklung auf diesem Sektor als noch gangbar angesehen werden. Es ist denkbar und verständlich, daß unter solchen Voraussetzungen der Flächenwidmungsplan aus den für einzelne Interessenssphären geltenden Überlegungen nicht gänzlich gut geheißen, sondern unter Anmeldung von Vorbehalten jener Planung gegenüber, die eben die Errichtung eines Großkaufhauses vorsieht, akzeptiert werden kann. Die Zustimmung der Fraktion der Österr. Volkspartei zu diesem Flächenwidmungsplan beruht in erster Linie auf den gemeinsam getroffenen Vereinbarungen mit dem Land und zeigt gerade an diesem Beispiel , daß die Österr. Volkspartei eine pluralistische, vom Gedanken der Partnerschaft verschiedener

Interessensgruppen getragene Partei ist, in der die Meinung dieser Gruppen in wichtigen Fragen nicht ausschließlich durch einen Fraktionszwang gleichgerichtet wird, sondern auch in eigenständiger Weise zum Ausdruck gelangen kann. Unbeschadet dessen begrüßt jedoch die gesamte Fraktion die Schaffung eines Flächenwidmungsplanes für die Stadt, der in seiner Gesamtheit gesehen die Grundzüge für eine gedeihliche bauliche Entwicklung Steyrs in den nächsten Jahrzehnten bietet. Die vorausgegangenen langwierigen Verhandlungen und die heutige Beschlußfassung zeugen nur vom Bewußtsein auch der Österr. Volkspartei, sich der Verantwortung, die sie damit übernommen hat, nicht zu verschließen. Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Ich danke für den Beitrag. Ich darf inzwischen dem Protokoll einfügen lassen, daß nunmehr Gemeinderat Enöckl entschuldigterweise die Sitzung verlassen muß.

GR Enöckl verläßt um 15.55 Uhr die Sitzung.

Wir fahren weiter in der Tagesordnung .Nächster Sprecher ist Herr Gemeinderat Fuchs.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Herr Gemeinderat Dresl, es ist, glaube ich, doch sehr wohl notwendig, über Großkaufhäuser doch noch zu sprechen, denn die Frage, 4. Großkaufhaus ja oder nein, ist ja bei diesem Antrag der Hauptinhalt. Obwohl diese Frage an und für sich weder im Antragstext noch im Amtsbericht so deutlich zum Ausdruck kommt, ja überhaupt nicht aufscheint. Es geht konkret bei diesem Antrag auf Änderung von Teilen des Flächenwidmungsplanes der Stadt Steyr um die Umwidmung von 3 der am 15. 12. 1977 mit den Stimmen der SPÖ und KPÖ beschlossenen Gebiete für Geschäftsbauten in gemischte Baugebiete. Nicht angeführt ist, sowohl im Amtsbericht als auch im Antrag, daß die Baurechtsabteilung des Amtes der OÖ. Landesregierung als Aufsichtsbehörde der Stadt Steyr mit Schreiben vom 4. Juli in 4 Punkten Versagungsgründe mitgeteilt hat. Das heißt, die Aufsichtsbehörde hat den mit Stimmenmehrheit am 15. 12. 1977 beschlossenen Flächenwidmungsplan nicht genehmigt. Diese Nichtgenehmigung bestätigt unsere Haltung, weil die angeführten Versagungsgründe der Aufsichtsbehörde genau jenen entsprechen, die wir als Ablehnungsgründe gegen die Errichtung eines zusätzlichen Großkaufhauses bereits zweimal im Gemeinderat, am 14. Juni und 15. Dezember 1977, und einmal in einem Einspruchsschreiben am 19. September 1977 angeführt haben. Wir sind offen gesagt erstaunt, daß diese Versagungsgründe im Amtsbericht verschwiegen werden. Somit wird der Gemeinderat amtlicherseits nicht von der genauen Vorgangsweise unseres Erachtens nach informiert. Am 14. Juni 1977 haben wir, ich betone es nochmals, als einzige Fraktion gegen die damals von uns bezeichnete ominöse Bauausnahmegenehmigung gestimmt, weil wir erkannt haben, daß nicht der Gemeinderat der Stadt Steyr eine Bauausnahmegenehmigung erteilen hat können, sondern nur die Landesregierung dafür zuständig ist. Das wurde auch von der Baurechtsabteilung bestätigt. Am 15. Dezember 1977 haben wir im Gemeinderat nur mehr jene Teile des Flächenwidmungsplanes kritisiert und nicht zugestimmt, die im aufgelegten Flächenwidmungsplan und in der Vorlage des Flächenwidmungsplanes als Geschäftsbaugebiete gewidmet waren. Wir haben damit speziell den Weindl-Grund als gemischtes Baugebiet gewidmet wissen wollen.
In der ablehnenden Begründung der Aufsichtsbehörde - ich möchte Ihnen das nicht vorenthalten - heißt es unter anderem wörtlich in Punkt 3): Im vorliegenden Plan sind 3 Gebiete für Geschäftsbauten im Sinne des Raumordnungsgesetzes gewidmet. Nach den Vorstellungen des oö. Raumordnungsgesetzes sollen Geschäftsbauten für den überörtlichen Bedarf nur auf Standorten vorgesehen werden, für die ein genügend großer Einzugsbereich vorhanden ist, der durch bestehende Betriebe, einschließlich solcher für den örtlichen Bedarf, nicht ohnehin bereits ausreichend versorgt ist und sollen nur insoweit zugelassen werden, als die Aufrechterhaltung und Sicherung der Nahversorgung

der Bevölkerung mit Konsumgütern und Dienstleistungen, insbesondere mit Waren und Leistungen des täglichen Bedarfes, im Einzugsbereich des Geschäftsbaues nicht gefährdet wird. Dann heißt es weiter: Nach dem derzeitigen Stand verfügt die Stadt Steyr , ich lasse jetzt einige Ziffern aus, über 40.000 Einwohner. Dazu kommt ein Einzugsgebiet für die Stadtgemeinde Steyr mit 7 angeführten Gemeinden, das sind zusammen 66.829 Einwohner. Was den Handel der Stadt selbst betrifft, gibt es nach letzten Erhebungen 569 Berechtigungen. Davon entfallen 66 Berechtigungen auf den Gemischtwarenhandel, 14 auf die Konsumgenossenschaften, 128 auf den Lebensmitteleinzelhandel. Auf ein Geschäft entfallen somit rund 320 Einwohner schreibt hier die Aufsichtsbehörde. Im genannten Einzugsgebiet gibt es somit insgesamt 260 Handelsberechtigtungen, davon 50 Gemischtwarengeschäfte mit Lebensmittel, das sind 525 Einwohner je Geschäft. Also im gesamten Einzugsgebiet im Schnitt für je knapp 400 Einwohner je ein Lebensmittelgeschäft vorhanden. Darüber hinaus bestehen in der Stadt Steyr noch 3 Supermärkte oder Warenhäuser.
Also nochmals, auf rund 320 Einwohner der Stadt Steyr entfällt ein Lebensmittelgeschäft und auf rund 400 Einwohner ist im gesamten Einzugsgebiet ein Lebensmittelgeschäft vorhanden. Damit ist von Seiten der Landesregierung bzw. der Aufsichtsbehörde, genau das unter Beweis gestellt worden, was wir im Gemeinderat insgesamt zweimal, und einmal schriftlich, also dreimal warnend ablehnend herausgestrichen haben. Nämlich, daß sowohl für die Nahversorgung als auch für den überörtlichen Bedarf für die Arbeitsplatzauswahl Steyr mit genügend vielen Handelsbetrieben versorgt ist und jedes weitere Großkaufhaus die Nahversorgung und die Existenz vieler kleinerer Geschäfte gefährden würde.
Die Aufsichtsbehörde schreibt daher zusammenfassend und ich darf wiederum wörtlich zitieren: Zusammenfassend ist somit festzustellen, daß nach Auffassung der Aufsichtsbehörde auf Grund der gegebenen Situation in der Stadt Steyr und ihrem Einzugsgebiet die gesetzlichen Voraussetzungen für die Errichtung von zusätzlichen Großbetrieben des Handels nicht gegeben sind. Aus den angeführten Gründen ist beabsichtigt, diesen Plan und die Genehmigung gemäß § 21 des Raumordnungsgesetzes zu versagen. Dieses Schreiben ist am 4. Juli 1978 hier im Rathaus eingelangt. Nach der Zustellung dieses ablehnenden Schriftstückes, aus dem eindeutig gegen die zusätzliche Errichtung eines weiteren Großkaufhauses in Steyr Stellung bezogen wird, wurde dann die Stadtgemeinde Steyr aufgefordert, binnen 8 Wochen hiezu Stellung zu beziehen. Das waren meines Erachtens die vom Herrn Vorredner angeführten langwierigen Verhandlungen. Wenn man bedenkt, am 4. Juli ist das Schriftstück eingetroffen oder am 4. Juli ist es abgesendet, am 5. Juli trifft es ein und bereits am 27. Juli bekamen wir den frohen Bescheid, in Steyr kann ein zusätzliches Großkaufhaus errichtet werden, bei der letzten GR-Sitzung. Wir haben es alle vernommen. Einige haben sicherlich davon gewußt und andere waren mehr oder weniger erstaunt.
Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Es dauerte also nicht 8 Wochen, sondern nur etwa 2 Wochen und der Herr Bürgermeister konnte dies, was ich vorhin gesagt habe in aller Offenheit, nämlich am 27. Juli dem Gemeinderat berichten. Entgegen der ablehnenden Mitteilung der Aufsichtsbehörde, die uns bis jetzt vorenthalten wurde. Er hat sich, wie betont wurde, - ich kann den genauen Wortlaut jetzt nicht wiederholen, weil das Protokoll der letzten GR-Sitzung noch nicht zugestellt wurde, zumindest ich habe es noch nicht. Er hat sich in etwa so geäußert, der Herr Bürgermeister, daß er sich mit dem obersten Raumplanungsspezialisten, Raumplanungsreferenten, Winetzhammer, geeinigt habe. In dieser Beziehung glaube ich sagen zu müssen, wird die Angelegenheit doch etwas bedenklich. Wir vermuten nämlich, daß doch durch einen partei - politischen Handel die Versagungsgründe der Aufsichtsbehörde nicht berücksichtigt wurden. Wir vermuten, daß in einer Art wie "gibst Du mir, so geb ich Dir, eine Vereinbarung getroffen wurde, mit dem Inhalt, wenn die SPÖ 2 Geschäftsbaugebiete von der vorgelegten Flächenwidmungsplanvorlage streicht, dann belasse ich, Winetzhammer, oder wer immer, wahrscheinlich nur er, ein Geschäftsbaugebiet nördlich der Kaserngasse, das heißt , ich erhebe dagegen keinen Einspruch. Wobei zu bemerken ist, daß sich das Gebiet, das kleine Gebiet südlich der Kaserngasse, ohnehin kaum eignet für die Widmung Geschäftsbaugebiet. Denn viel mehr als derzeit gebaut wird, kann man sich südlich der Kaserngasse kaum ausweiten. Das ist ja keine echte Streichung und Ent-

gegenkommen. Eine echte Streichung, das geben wir zu, ist das Gebiet an der Ennser Straße , wo nun die Umwidmung von Geschäftsbaugebiet in gemischtes Baugebiet quasi als Gegenleistung erfolgt.
Wenn dem jedenfalls so ist, alles deutet darauf hin, siehe auch Juli-Bericht in den OÖ. Nachrichten, und eben die vorhin angezogene Einigungsaussage am 27. Juli durch den Herrn Bürgermeister, dann haben sicherlich der Herr Bürgermeister und der Herr VP Landesrat Winetzhammer nach unserer Auffassung nach einen sehr fragwürwürdige Sieg hinter den Kulissen , unter Umgehung des Spruches der Aufsichtsbehörde und, das ist wesentlich unter Umgehung der am 22. März 1977 im Landtag von allen Parteien einstimmig beschlossenen Raumordnungsgesetznovelle errungen. Da kann man sich wirklich nur fragen, wie lange sabotieren Landesregierungen noch ihre eigenen, noch dazu einstimmig beschlossenen, Gesetze. Wofür schafft man Raumordnungsgesetznovellen, die den Wildwuchs von Supermärkten eigentlich verhindert sollten? Das war das ursächliche Motiv dieser Raumordnungsgesetznovelle, die am 22. März 1977 beschlossen wurde. Oder wofür ist oder sind Aufsichtsbehörden da, deren Beamte ja schließlich Geld kosten, die aber nach diesem Steyrer Beispiel scheinbar nichts zu reden haben, weil parteipolitische Interventionen ja ohnehin alles wieder ins rechte Lot bringen, ich verbessere mich, ins linke Lot bringen. Weil sich binnen 14 Tagen die SPÖ Steyr mit Teilen der VP in Linz geeinigt hat. Solche einer Taktik, solch einem Handel, so einem Geschäftsbaugebiet für den überörtlichen in Steyr nicht vorhandenen Bedarf - siehe Spruch der Aufsichtsbehörde - können wir Freiheitliche nicht zustimmen.
Ich will aber abschließend feststellen, daß wir in dieser Frage von Herrn Bürgergermeister Weiss nicht enttäuscht sind, weil er stets für dieses unserer Ansicht nach und der Ansicht der Aufsichtsbehörde nach unnötige 4. Großkaufhaus eingetreten ist und wir stets wußten, wie man bei ihm daran ist, aber dem Herrn LR Winetzhammer kann doch der Zuruf weitergeleitet werden, er ist ein Umfaller. Er nützte das Raumordnungsgesetz nicht, weil er dieses Geschäftsbaugebiet des Stadlmayrareals als solches, trotz Versagungsgründe der Aufsichtsbehörde, als solches belassen will.
Über die Haltung der ÖVP möchte ich gar nichts sagen. Es wurde ohnehin vorhin schon diese Haltung vom 14. Juni 1977, vom 15. Dezember 1977 und die heutige Haltung bereits angekündigt, sie ist bekannt. Es muß unseres Erachtens nach nochmals die Aufsichtsbehörde den nunmehr geringfügig abgeänderten Flächenwidmungsplan vorgelegt erhalten. Ich habe Hoffnung, daß in Linz eine andere Einsichtigkeit als sie bisher zutage getreten ist, doch noch eintreten, bzw. erfolgen wird.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Herr Gemeinderat Fuchs ist am Ende seiner Ausführungen. Ich darf mir erlauben, nachdem er einige Zitate auf mich gemünzt hat, Koll. Fritsch den Vorsitz zu übergeben, damit ich dazu Stellung nehmen kann.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:
Ich übernehme den Vorsitz und erteile Herrn Bürgermeister Weiss zu seiner Stellungnahme das Wort.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Geschätzter Gemeinderat!
Ich muß ehrlich gestehen, daß mich die Erklärung des Herrn Gemeinderates Fuchs in einigen Punkten etwas frappiert insofern, als er hier besonders stolz in den Vordergrund stellt sein Einwirken zur Verhinderung des ursprünglichen Flächenwidmungsplanes für die gesamte Stadt Steyr. Ich stelle in den Raum, ob es Aufgabe eines Gemeinderates unserer Stadt ist, eine seit längeerer Zeit erkannte Entwicklungsnotwendigkeit - wir haben heute die Frage der Arbeitsplatzausweitung, der Betriebsausweitungen auch diskutiert - zu bekämpfen, eine Entwicklung zu unterbinden und sei es auch nur dadurch, daß die Funktion des Landesparteisekretariats der FPÖ dabei herangezogen wird. Ich muß ganz ehrlich gestehen, persönlich muß ich mich gegen eines aussprechen, daß ich hier im Gemeinderat fragwürdige Äußerungen abgegeben habe in diesem Punkt.

Denn fragwürdig ist die Haltung, die Sie, Herr Gemeinderat, in dieser Angelegenheit seit längerem an den Tag legen in meinen Augen eher. Ich darf noch einmal in Erinnerung bringen, daß es sicherlich nach einigen nicht leichten Verhandlungen, aber in relativ kurzer Zeit gelungen ist, das Problem der schwelenden offenen Fragen im Flächenwidmungsplan mit Landesrat Winetzhammer zu erörtern und kurzfristig zu lösen, und zwar aus einem ganz besonderen Grund. Auch das lag nicht im Bereich der Politiker, sondern im Amt der OÖ. Landesregierung wurden die dazu erforderlichen Erhebungen gemacht, die als Grundlage für die Beurteilung des Flächenwidmungsplanes gedient haben. In dieser Erhebung, Herr GR Fuchs, bei Ihren weitreichenden Verbindungen, die ich in diesem Fall als fragwürdig bezeichnen muß, ist scheinbar vergessen worden oder Ihnen nicht berichtet worden, daß bei der Ermessung des Einzugsgebietes für diese Großhandelsbetriebe in Steyr der niederösterreichische Raum zur Gänze vergessen wurde. Ich sagte heute schon einmal bei einer anderen Angelegenheit und Behandlung einer Sache, daß 28 %Einpendler nach Steyr allein täglich in die Steyr-Werke ziehen. Erst nach Erklärung und Aufklärung auch dieser Tatsache ist der richtige Amtsbericht dem Landesrat vorgelegt worden und es war unser gemeinsames Bemühen, ich kann hier auch den Magistratsdirektor zitieren, später auch in einem weiteren Gespräch Koll. Schwarz, wo diese Dinge gelöst und geregelt wurden und in einer unpolitischen, aber sachlich würdigen Art zu einer Erledigung kamen. Ich muß daher noch einmal sagen, ich glaube, die Frage des Flächenwidmungsplanes darf man auf Sicht gesehen nicht wesentlich geringer beurteilen als die Gründung eines neuen Betriebes in unserer Stadt. Die Entwicklung dieser Stadt, die gegenwärtig zumindest, gelinde ausgedrückt, eine Stagnation in der Bevölkerungsziffer aufweist, hat es bitter nötig, durch neue Impulse Arbeitsplätze zu bekommen und dadurch eine Verstärkung des Bevölkerungsstandes zu erreichen. Ich weiß nicht, Herr Kollege Fuchs, wie diese Angelegenheit, die wirklich ohne Berücksichtigung der parteipolitischen Standpunkte zwischen den Gesprächs- und Verhandlungspartnern gelöst worden sind, wie eine solche Angelegenheit von Ihrem Kollegen, von Jung-Hitler Götz gelöst worden wäre. In Graz sind Dinge bekannt geworden, die weit über solche Maßnahmen und Verhandlungsergebnisse hinausreichen. Deswegen möchte ich doch abschließend nicht auf persönliche Dinge eingehen. Ich muß mich nur dagegen wehren, daß ich hier geziehen werde, fragwürdige Erklärungen abzugeben. Bisher habe ich mich bemüht, mein Wissen, meine Kenntnisse, die nicht aus meiner Person sondern aus der Funktion heraus entstehen, dem Gemeinderat weiter zu vermitteln, weil ich der Auffassung bin, daß sich erst durch diese Kenntnisse und Weitergabe von Wissen auf rein sachlicher Ebene auch Einigungen erzielen lassen. So muß ich Ihnen noch einmal sagen, ich glaube es gehört nicht zum Stolz eines Gemeinderates, hier ständig in den Vordergrund zu treten, daß er das oder jenes verhindern konnte, sondern eher sollte es unser aller Stolz sein, zu erreichen, daß mehr herkommt.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:
Ich danke Herrn Bürgermeister für seinen Beitrag und darf wiederum der Ordnung halber den Vorsitz an ihn übergeben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Danke. Ich frage, ob dazu noch jemand weiter zu sprechen wünscht? Noch einmal Herr Gemeinderat Fuchs.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:
Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, erlauben Sie mir einige Richtigstellungen. Wir haben am 15. 12. 1977 weder den Flächenwidmungsplan abgelehnt, wir haben ihm auch nicht zugestimmt. Wir haben den größten Teilen des Flächenwidmungsplanes, die ich mir schließlich selbst hier im Amt besichtigt habe, zugestimmt, waren jedoch gegen Geschäftsbaugebiete, das haben wir ganz deutlich zum Ausdruck gebracht und da möchte ich mir hier nicht wiederholen. Die Österr. Volkspartei hat den Flächenwidmungsplan abgelehnt. Ich glaube das ist

auch aus den Protokollen ersichtlich. Das heißt also, in den Grundzügen haben wir dem Flächenwidmungsplan zugestimmt, mit Ausnahme der Widmungen, die betitelt waren mit Geschäftsbaugebiete. Herr Bürgermeister, ich habe nicht gesagt, Sie haben fragwürdige Äußerungen gemacht, sondern ich habe gesagt, Sie konnten am 27. Juli froh verkünden - das war sicherlich ironisch gemeint - daß durch eine inzwischen erfolgte Einigung ein weiteres Großkaufhaus gebaut werden könnte. Und wenn Sie die Erhebungen als fragwürdig betiteln, so trifft mich dieser Vorwurf in keinster Weise, denn dieAufsichtsbehörde, sprich die Baurechtsabteilung der OÖ. Landesregierung hat vom Dezember bis zum 3. Juli zumindest Zeit gehabt, genaueste Erhebungen zu erstellen. Ich habe heute hier nichts anderes getan, als diese Erhebungen zu zitieren. Sie stammen also nicht von mir. 6 Monate Zeit hatte aber auch die Stadtgemeinde, um sich zu vergewissern, wie die Dinge bei der Baurechtsabteilung in Linz stehen, bezüglich der Genehmigung des Flächenwidmungsplanes.
Dann darf ich vielleicht wieder einen Sprung nach vorne machen , zu einer Äußerung von Ihnen zuvor, nämlich den Vergleich Großkaufhaus und Großbetrieb oder besser gesagt Produktionsbetriebe. Wir sind, glaube ich, der Meinung, oder zumindest ich bin der Meinung, daß ein derartiger Vergleich nicht unbedingt angestellt werden kann. Hier handelt es sich um Waren des täglichen Bedarfes, auf der anderen Seite oder konkret gesagt, Dieselmotorenwerk, hier handelt es sich um einen Produktionsbetrieb, der ja ungleich mehr Beschäftigte anziehen sollte.
Abschließend möchte ich noch eine Frage in den Raum stellen, die Sie unbeantwortet gelassen haben, warum gibt es ein Raumordnungsgesetz,warum macht man ein Raumordnungsgesetz,warum stimmte die sozialistische Landtagsfraktion dieser Raumordnungsgesetznovelle am 22. März nach monatelangen Vorberatungen zu.
Na lassen wir das, Jung-Hitler Götz ist ein völlig neuer Ausdruck. Ich glaube, das gehört an und für sich nicht hier her. Es ist nur sehr sonderbar,daß man einen derartigen Titel dem Bürgermeister von Graz verleiht. Ich glaube, wenn Sie ihn näher kennenlernen würden, würden Sie davon abgehen ....

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Ich hätte nur Gelegenheit, ihn beim Städtebund kennenzulernen, wo er angedroht hat, einen eigenen Städtebund zu gründen. Eine sehr hitlerische Aussage.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:
Man kann ja diesbezüglich sicher etwas androhen, um etwas zu erreichen, er wollte garantiert für seine Gemeinde auch das erreichen, was Sie erreichen wollen für Steyr, was wir alle für Steyr erreichen wollen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Das wird zur Kenntnis genommen. Meine Damen und Herren, ich habe keine weitere Wortmeldung mehr vorliegen. Wir kommen damit zur Abstimmung über diesen Flächenwidmungsplan. Vorher frage ich noch, ob der Referent ein Schlußwort wünscht? Bitte.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Die Diskussion hat eigentlich schon im Dezember des Vorjahres begonnen, und ich darf darauf hinweisen, daß wir alle sehr stolz waren, gemeinsam , daß die Stadt Steyr als erste größere Stadt den Flächenwidmungsplan so weit fertiggestellt hat, daß er zur Beschlußfassung herangestanden ist. Über die Problematik, Großkaufhäuser ja oder nein, möchte ich hier gar nicht diskutieren. Es gibt verschiedene Aspekte dafür und dagegen. Der Aspekt des Arbeitsplatzes ist zweifellos zu berücksichtigen. Ich möchte aber vielleicht einen nur ganz kurz anführen, jedes Großkaufhaus zieht natürlich einen neuen Kundenstock aus gewissen Umgebungskreisen an und ich darf Dich, Kollege Fuchs, ersuchen, einmal zu zählen bei Großkaufhäusern auf den Parkplätzen, wieviele Autos nicht aus Steyr dort sind, also wieviele Autonummern aus Niederösterreich oder anderen Gebieten dort sind. Das ist sicher

eine positive Nebenerscheinung bei jedem Großkaufhaus. Grundsätzlich dazu, warum es zu diesem Kompromiß gekommen ist, und ich möchte mich auch dagegen verwahren, daß das ein politischer Handel war, das war keiner, sondern das waren sachliche, auf beiden Seiten sachliche Argumente. Deshalb waren beide Seiten zugänglich für diese Argumente, weil im Vordergrund auf beiden Seiten die Erstellung eines Flächenwidmungsplanes gestanden ist und andere Dinge dadurch zurückgestellt wurden, weil wir glauben, daß es notwendig ist, daß wir in Steyr einen Flächenwidmungsplan haben und verhältnismäßig kleine Differenzen durch gegenseitiges Nachgeben ausgeschaltet werden können. Das ist der Hauptgrund, warum es zu diesen Überlegungen, zu diesen Übereinstimmungen gekommen ist. Ich darf wirklich sagen, hier hat auf allen Seiten bestes Verständnis geherrscht und wir sind sehr froh, daß es nun endgültig zu dieser Regelung gekommen ist.
Im übrigen darf ich auch meine Überraschung zum Ausdruck geben, daß gerade Du von der Freiheitlichen Partei, die immer so sehr für die Freiheit auf allen Gebieten eintritt, Dich so sehr für ein Regulativ einsetzt. Das ist irgendwie verwunderlich. Das ist Deine Sache und ich möchte ...

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:
Wir wollen gesetzestreu bleiben, das ist alles.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:
... Dich hier nicht berichtigen. Das ist Angelegenheit Eurer Partei, wenn die Auffassungen zu uns einmal so und einmal so dargestellt werden.
Ich möchte aber in diesem Zusammenhang noch etwas sagen. Ich möchte den Beamten und der Beamtenschaft sehr herzlich danken dafür, daß sie sich wirklich so bemüht haben, im Zusammenhang mit den Politikern, diesen Flächenwidmungsplan zustande zu bringen und darf sagen, daß sie mit großem Eifer und wirklich intensiv an diesen Dingen gearbeitet haben. Herzlichen Dank.
Das wollte ich zum Schluß sagen und ich bitte Sie, dem Flächenwidmungsplan die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Danke. Die Rednerliste ist erschöpft. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? 2 Gegenstimmen (FPÖ-Fraktion). Enthaltungen? 1 Enthaltung (Stadtrat Wallner). Der Antrag ist beschlossen. Wir kommen zum nächsten, betreffend Umtausch und Verkauf von Grundparzellen in der Waldrandsiedlung.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:
Der nächste Antrag, meine Damen und Herren, beschäftigt sich mit dem weiteren Abverkauf von Grundparzellen bzw. mit dem Tausch von Grundparzellen in der Waldrandsiedlung. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

7) Bau3-2827/75
Bau2- 790/77
Bau2- 890/77
Bau2-1153/77
Verkauf bzw. Umtausch von Grundparzellen
in der Waldrandsiedlung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Dem Verkauf bzw. dem Umtausch der nachstehend bezeichneten Grundparzellen in der Waldrandsiedlung an die genannten Käufer zu den durch Gemeinderatsbeschluß vom 17. 5. 1977 festgelegten Verkaufsbedingungen wird zugestimmt:

| | | Parzelle | Ausmaß |
|---|---|---|---|
| ÖAG-4324/78 | Reinhard Rieder, Wokralstraße 14, Steyr | 872/24 | 595 m2 |
| ÖAG-2997/78 | Dr. Gerd Weber, Punzerstraße 12, Steyr | 872/29 | 1242 m2 |
| ÖAG-2996/78 | Auinger Emmi, Frauenstiege 4, Steyr | 872/30 | 781 m2 |

| | | | |
|---|---|---|---|
| ÖAG-4361/78 | Roland und Christine Kogler, Bienenweg 13, Steyr | 872/35 | 820 m2 |
| ÖAG-4468/78 | Schultz Günther, Bienenweg 11, Gleink | 854/19 | 600 m2 |
| ÖAG-2956/78 | Maierl Alois, Haydngasse 1, Steyr | 854/24 | 897 m2 |
| ÖAG-4505/78 | Ing. Klaus Lehner, Punzerstraße 4, Steyr | 854/30 | 627 m2 |
| ÖAG-3533/78 | Hofbauer Josef, Rooseveltstraße 23a, Steyr | 854/32 | 763 m2 |
| ÖAG-2936/78 | Ing. Kastner Gottfried, Mittelstraße 17, Steyr | 854/43 | 700 m2 |
| ÖAG-2872/75 | Köglberger Walter, Schillerstraße 10, Steyr (Ersatz für Parz. 948/8) | 948/42 | 719 m2 |
| ÖAG-4513/73 | Almesberger Adolf, Enzianweg 5, Steyr (Ersatz für Parz. 948/20) | 948/13 | 711 m2 |
| ÖAG-1897/78 | Deimling Paul und Rosina Hölzlweg 9, Garsten (Ersatz für Parz. 948/19) | 948/14 | 708 m2 |

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort zu ergreifen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ab. Gibt es zum Antrag eine Gegenstimme? Nein. Eine Enthaltung ebenfalls nicht, somit ist der Antrag einstimmig angenommen.
Danke. Nächster Berichterstatter ist Bürgermeister-Stellvertreter Fritsch.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:
Meine sehr geehrten Damen und Herren!
Ich darf Ihnen 2 Anträge zur Beschlußfassung vorlegen. Der erste Antrag befaßt sich mit der Ergänzung eines GR-Beschlusses, und zwar betrifft es den Grundtausch der Stadtgemeinde Steyr einerseits und der Ehegatten Santa andererseits.
Der Antrag an Sie lautet:

8) GHJ2-6140/74
Ergänzung des GR-Beschlusses, betreffend den
Grundtausch Stadtgemeinde Steyr - Ehegatten Santa.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Der Beschluß des Gemeinderates vom 10. 11. 1977 wird hinsichtlich des Tauschvertrages der Stadtgemeinde Steyr mit den Ehegatten Alfred und Maria Santa dahingehend ergänzt, daß die Stadtgemeinde Steyr ihnen eine weitere Grundfläche im Ausmaß von etwa 135 m2 aus Parzelle 952/2 KG Steyr tauschweise überläßt. Für das Mehrausmaß der von ihnen erworbenen Tauschfläche haben die Ehegatten Santa einen Wertausgleich von S 500,- je m2 an die Stadtgemeinde Steyr zu bezahlen. Die neuerlichen Vermessungskosten gehen zu Lasten der Ehegatten Santa.

Ich bitte Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung geben zu wollen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Danke. Darf ich jemanden vormerken für eine Wortmeldung? Das sehe ich nicht. Wir stimmen ab. Gibt es eine Gegenstimme zum Antrag? Eine Enthaltung? Beides ist nicht der Fall, der Antrag ist beschlossen.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:
Für die Errichtung des Stadtsaales im Bezug auf die Grundarrondierung in diesem Gelände ist es nun notwendig, einen Beschluß herbeizuführen, der folgenden Wortlaut hat:

9) GHJ2-1202/78
Ankauf einer Grundfläche von Frau Melanie Czermak.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Dem Ankauf einer Grundfläche von etwa 600 m2 als Parzelle 1470, KG Steyr, von Frau Melanie Czermak zu einer Gesamtablösesumme von S 1.250,- je m2 ( S 1.000,- je m2 abgelösten Grund, S 250,- je m2 für Entwertung der Restliegenschaft, Sanierung des Althauses, Wiederherstellung von Grünanlagen etc.) wird zugestimmt. Zur Bezahlung des Kaufpreises einschließlich Abgaben und Gebühren wird eine überplanmäßige Ausgabe von

S 818.000,--
(Schilling achthundertachtzehntausend)

bei VSt 5/8400/0010 bewilligt.
Die Deckung erfolgt durch Aufnahme von Darlehen.
Infolge Dringlichkeit wird gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr der Magistrat zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte, auch diesem Dringlichkeitsantrag Ihre Zustimmung nicht versagen zu wollen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Sie haben den Antrag gehört. Gibt es eine Wortmeldung? Ich stelle fest, nein. Somit kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Eine Enthaltung wird ebenfalls nicht angezeigt, somit ist dieser Antrag einstimmig beschlossen. Danke. Als nächster Berichterstatter bitte ich Herrn Stadtrat Fürst.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:
Hochgeschätzte Damen und Herren des Gemeinderates!
Sie alle wissen, daß wir zur Durchführung unserer kommunalen Aufgaben bzw. des außerordentlichen Haushaltes Kredite aufnehmen müssen. Hier ist es nicht egal, ob ein Kredit teuer kommt, oder ob er uns günstig ins Haus steht. Ich darf Ihnen heute empfehlen, folgendem Antrag die Zustimmung zu geben:

10) Ha-1322/78
Aufnahme eines Kommunaldarlehens bei der Merkur,
Wechselseitige Versicherungsanstalt, Graz.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Der Aufnahme des Kommunaldarlehens in der Höhe von S 10,000.000,- zur Finanzierung kommunaler Bauvorhaben im laufenden Rechnungsjahr 1978 bei der Merkur Wechselseitigen Versicherungsanstalt Graz wird zugestimmt. Der Zinssatz des Darlehens beträgt 8 1/4 Prozent p. A. wertgesichert. Die Sicherstellung erfolgt durch Verpfändung der Ertragsanteile der Stadt an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben.
Gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug der mit diesem Beschluß verbundenen Maßnahmen (Aufnahme der Darlehenspromesse) ermächtigt.

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Danke. Gibt es eine Wortmeldung zu diesem Antrag? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir stimmen daher ab. Eine Gegenstimme? Nein. Eine Enthaltung ebenfalls nicht, somit ist dieser Antrag einstimmig beschlossen. Wir kommen zum nächsten.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:
Die Fassadenaktion der Stadt, zusammen mit den Hausbesitzern, mit Zielrichtung Tausendjahrfeier 1980, ist auch im Jahre 1977 zum Tragen gekommen, und zwar mit einer Gesamtsumme von 1,427.000,- S seitens der Stadt, 500.000,- S seitens des Landes und 250.000,- S seitens des Bundes, somit ein Gesamtsubventionsrahmen von 2,177.000,- S. Mit den Beiträgen der Liegenschaftsbesitzer ergibt das eine Gesamtsumme von 3,642.000,- S. Das ist die Übersicht und Endzusammenstellung der Fassadenaktion 1977. Der Antrag an Sie lautet:

11) K-13/77
Fassadenaktion 1977; Endzusammenstellung.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Die mit Amtsbericht der MA III vom 26. August 1978, K-13/77 vorgelegte Endabrechnung bzw. Endzusammenstellung, betreffend die Fassadenaktion 1977, wird zur Kenntnis genommen bzw. genehmigt. (BEILAGE A)

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Danke. Als Beitragsredner hat sich hier Kollege Schwarz gemeldet.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Eigentlich ist es eine Ergänzung des Beitrages von Koll. Köhler, der auf diese Dinge in seinem Diskussionsbeitrag schon kurz eingegangen ist. Ich glaube aber doch, daß man der Fassadenaktion soviel Aufmerksamkeit schenken sollte, daß auch im Gemeinderat außer dem Bericht in der Diskussion darüber gesprochen wird. Wir haben jetzt bewiesen erhalten, in dieser Aufstellung, wie wirksam die Fassadenaktion ist. Es ist sehr erfreulich, wie sich alle bemühen, hier gemeinsame Akzente zu setzen. Ob das Land, Bund, Gemeinde oder selbstverständlich auch die einzelnen Hausbesitzer sind. Ich möchte Herrn Bürgermeister bitten, daß man in einer möglichst breiten Darstellung, aber auch durch persönliche Anerkennung, all diejenigen ehrt, die einen Beitrag geleistet haben, daß unsere Stadt schöner, die Häuser wohnenswerter und der Aufenthalt in unserer Stadt immer angenehmer wird.
Ich glaube, es ist fast schon in Vergessenheit geraten, daß die Fassadenaktion in Steyr geboren wurde, jene berühmte Drittelteilung, Bundesdenkmalamt, Stadt und Eigentümer, ich glaube vor ca. 7 oder 8 Jahren. Dieses System hat sich sehr bewährt und wir haben diesbezüglich auch Richtlinien erlassen. Der Grundgedanke aber des gemeinsamen Zusammenwirkens Gebietskörperschaften, Gemeinde und Eigentümer ist immer beibehalten worden. Wir haben schon sehr viele Nachahmer gefunden, weil sich unser System bewährt hat. Es wird zwar in einer Stadt wie Steyr diesbezüglich nie einen Stillstand geben können. So viele verborgene historische Bauten wären noch zu restaurieren und in neuer Schönheit zu präsentieren. Aber auch das, was bereits hergerichtet wurde, muß gepflegt und erhalten werden. Es bedarf daher immer wiederum neuer Impulse und natürlich auch des Einsatzes von öffentlichen Mitteln, um dieses historische Gepräge unserer Stadt zu erhalten. Es hat mich daher auch besonders die Mitteilung unseres Herrn Bürgermeisters gefreut, daß bezüglich des Schaden-Hauses von Herrn Landeshauptmann Dr. Ratzenböck und damit von der OÖ. Landesregierung eine gemeinsame Aktion vorgenommen wird. Ich hoffe, daß bald die Einzelheiten bekannt sind und daß auch dieses wichtige Gebäude in Zwischenbrücken renoviert werden kann.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Danke. Eine weitere Wortmeldung? Herr GR Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Sehr verehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich werde mich ganz kurz fassen, weil ich im Zusammenhang mit der Fassadenaktion , der Instandsetzung der historischen Gebäude das meistens zum Anlaß nehme und zumindest in Erinnerung rufe, daß es auch Wohnhäuser gibt, die verschandelt wurden im Laufe des 2. Weltkrieges in Münichholz und die bis heute nach so langer Zeit nicht wieder instandgesetzt wurden. Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen und vielleicht appellieren. Es wäre ganz schön, wenn sich auch unsere Stadtverwaltung verstärkt bemüht, daß man auch dort zur Änderung im Sinne unserer Stadt, nämlich zur Verschönerung der Arbeiterwohnungen beiträgt.
Ich glaube, niemand würde so ein Bemühen nicht honorieren, im Gegenteil, so wie Kollege Schwarz jetzt angeführt hat, man muß die Hausbesitzer besonders würdigen und dankbar sein, daß sie das machen. Ich glaube, ich würde das hier sehr gerne tun, auch den führenden Gemeindepolitikern den Dank im Namen der Bewohner von Münichholz auszusprechen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Dieser Beitrag wird zur Kenntnis genommen. Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir stimmen ab. Ich frage den Referenten, ob er noch das Wort wünscht? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Gegenstimmen? Enthaltungen? Einstimmig beschlossen. Somit kommen wir zum nächsten Punkt.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:
Mein letzter Antrag behandelt die Finanzierung des Neubaues von Zwischenbrücken. Es geht nicht nur der Baufortschritt rasch voran, wir werden auch während des Baues mit gewissen zusätzlich auftretenden Wünschen und Notwendigkeiten konfrontiert bzw. zur Kasse gebeten. Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 22. 8. 1978 wird im Zusammenhang mit dem Neubau Zwischenbrücken zur Begleichung von Forderungen der Arbeitsgemeinschaft gemäß dem vorgelegten Finanzierungsplan ein Betrag von 13,7 Mill. S freigegeben. Der Antrag lautet:

12) Bau4-5000/75
Neubau Zwischenbrücken; Mittelfreigabe.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 22. August 1978 wird im Zusammenhang mit dem Neubau Zwischenbrücken zur Begleichung von Forderungen der ARGE gemäß dem vorgelegten Finanzierungsplan ein Betrag von

S 13,700.000,--
(Schilling dreizehn Millionen siebenhunderttausend)

bei VSt 5/6121/0026 als überplanmäßige Ausgabe bewilligt. Die Deckung hat durch Aufnahme eines Darlehens zu erfolgen.
Der Magistrat wird im Sinne des § 44, Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Danke. Sie haben den Antrag gehört. Dazu Herr Gemeinderat Seidl.

GEMEINDERAT ERNST SEIDL:
Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Bedingt durch die Geschäftsordnung kann ich erst jetzt einer sehr angenehmen Verpflichtung nachkommen, nämlich mich in zweifacher Hinsicht zu bedanken. Erstens, daß meine letzte Anfrage im Gemeinderat bei Ihnen, Herr Bürgermeister, so schnell Gehör gefunden hat und Sie sofort nach der Sitzung das Nötige in die Wege geleitet haben, um für die Zeit der Nichtbegehbarkeit der Ennsbrücke eine Autobuslinie zu

schaffen.
Für das Zweite darf ich mich bedanken, daß wir heute in der Anfragebeantwortung gehört haben, daß Sie auch meine letzte Anregung im Finanz- und Rechtsausschuß bereits wiederum so prompt aufgegriffen haben und bereits für die Steyr-Brücke eine ähnliche Regelung schaffen wollen wie für die Ennsbrücke. Ich darf mich jedenfalls für meine Person und für meine Fraktion herzlich bedanken.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Gibt es zu diesem Punkt noch eine Wortmeldung? Kollege Wippersberger.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!
Ich will Ihre Zeit nicht über Gebühr in Anspruch nehmen. Erlauben Sie mir aber doch ein paar Worte zum Neubau Zwischenbrücken zu sagen. Diese große Baustelle mitten in unserer Stadt wickelt sich nach den Terminplänen, nach außen hin gesehen, so problemlos ab, daß man fast bei einer derartigen Beschlußfassung zur Tagesordnung übergehen könnte, ohne darüber nur ein Wort zu verlieren. Man soll jedoch nicht verkennen, welch gewaltige Leistung der Baufirma und des Stadtbauamtes vorliegt, um hier stets eine einwandfreie Koordination zu erreichen. Es geht und es ging nicht alles problemlos. Begonnen hat es bereits bei der Sanierung des Pfeilers der Ennsbrücke. hier traten große Meinungsdifferenzen mit den Sachverständigen über die Möglichkeit der Sanierung auf, sodaß man sich entschlossen hat, einen neuen Pfeiler zu errichten. Hier gab es wieder bei der Grundierung Probleme. Die Standfestigkeit des Pfeilers der Steyrbrücke wiederum mußte auf eine andere Art sichergestellt werden, wobei auch darüber sowohl mit der wasserbautechnischen Abteilung des Amtes der OÖ. Landesregierung als auch mit dem Universitätsgutachter der Baufirma Übereinstimmung erzielt werden mußte. Der Antransport der Brückenbauteile wiederum mußte mit dem Verständnis der Anrainer und mit der tatkräftigen Unterstützung der Polizei - auch das sei hier gesagt - gelöst werden, die hier die Regelung übernommen hat. Der Abbruch durch eine Steyrer Firma lockte schließlich so viele Besucher an, daß oft deren Interesse schwerer im Zaum zu halten war als der Abtransport der demontierten Brückenteile.
Der neue Fußgeherübergang über die Enns eröffnet nunmehr völlig neue Perspektiven und läßt erkennen, wie sehr unser Stadtbild durch den Brückenneubau gewinnen wird. Auch die schlanke Form der Konstruktion findet überall Anklang, sodaß man bis jetzt sicherlich von einem gelungenen Bauwerk sprechen kann. Und man darf auch sagen, Gott sei Dank sind wir bis jetzt von Rückschlägen und Unfällen größerer Art auf dieser großen Baustelle bewahrt geblieben.
Jeder Steyrer leistet einen Beitrag zu diesem Brückenbau. Ich meine nicht den finanziellen Beitrag, ich meine das Verständnis, die notwendigen Verkehrsbeschränkungen und Erschwernisse auf sich zu nehmen. Sicherlich ist es nicht ganz einfach, diese größeren Umwege zu bewältigen. Vor allem das Gewerbe hat zusätzliche Erschwernisse, aber auch die Geschäftswelt in der unmittelbaren Umgebung hat mit Behinderungen zu rechnen. Aber auch die Wohnbevölkerung, die in diesem Bereich wohnt.
Auch die gänzliche Sperre der Brücke, die für einige Zeit unumgänglich war, wurde von den Steyrererinnen und Steyrern sehr gut akzeptiert. Ich glaube, das gehört einmal hervorgehoben. Es beweist doch auch das große Interesse aller Bevölkerungsschichten an der künftigen Entwicklung unserer Stadt, zu der auch vor allem gesicherte Verkehrswege - die Brücken sind ein Teil dieser Verkehrswege - eine unbedingte Voraussetzung sind.
Lassen Sie mich daher abschließen. Jenen, die mitgeholfen haben, daß der Neubau Zwischenbrücken so gut und klaglos verlaufen ist und wir der termingerechten Vollendung des Brückenbauwerkes mit Zuversicht entgegen sehen können, möchte ich aufrichtig danken.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Danke. Eine Wortmeldung habe ich nicht mehr in Vormerkung. Damit stimmen wir ab.

Der Antrag ist bekannt. Wer gegen den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Das ist nicht der Fall. Gibt es eine Enthaltung der Stimme? Auch nicht, somit ist dieser Antrag einstimmig beschlossen. Ich danke dem Berichterstatter. Nächste Frau Stadtrat Kaltenbrunner.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:
Wertes Präsidium, werte Damen und Herren!
Ich darf Sie heute mit 2 Anträgen aus dem Stadtsenat befassen und um Beschlußfassung derselben bitten:

13) Buch-3524/78
Erhöhung der Kreditansätze bei verschiedenen Voranschlagsstellen der MA VI.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Auf Grund des Amtsberichtes der MA VI vom 14. 8. 1978 wird der Erhöhung der Kreditansätze nachstehender Voranschlagsstellen zugestimmt:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1/0290/6140 | von S | 400.000,- | um S | 200.000,- | auf S 600.000,- |
| 1/1630/7000 | von S | 7.000,- | um S | 18.000,- | auf S 25.000,- |
| 1/2110/6140 | von S | 200.000,- | um S | 150.000,- | auf S 350.000,- |
| 1/2500/7000 | von S | 5.000,- | um S | 11.000,- | auf S 16.000,- |
| 1/2621/6140 | von S | 10.000,- | um S | 6.000,- | auf S 16.000,- |
| 1/3200/6140 | von S | 30.000,- | um S | 10.000,- | auf S 40.000,- |
| 1/8120/7280 | von S | 4.000,- | um S | 30.000,- | auf S 34.000,- |
| 1/8150/6000 | von S | 20.000,. | um S | 25.000,- | auf S 45.000,- |
| 1/8150/6160 | von S | 40.000,- | um S | 30.000,- | auf S 70.000,- |
| 1/8800/7100 | von S | 10.000,- | um S | 18.000,- | auf S 28.000,- |
| 1/8920/6140 | von S | 40.000,- | um S | 10.000,. | auf S 50.000,-. |

Zu diesem Zweck wird der Betrag von
S 508.000,--
(Schilling fünfhundertachttausend)
bei den angeführten Voranschlagsstellen als überplanmäßige Ausgaben bewilligt.
Die Deckung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Sie haben den Antrag gehört. Möchte dazu jemand sprechen? Ich sehe, das ist nicht so. Wir stimmen ab. Wer ist gegen den Antrag? Keine Wortmeldung. Wer ist für Enthaltung? Auch keine Wortmeldung. Somit ist der Antrag einstimmig angenommen.

STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:
Der zweite Antrag beschäftigt sich mit:

14) GHJ2-3435/76
Durchführung von Instandsetzungsarbeiten im städt. Objekt Steyr, Straße des 12. Februar 1.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Auf Grund des Amtsberichtes der MA VI vom 24. 8. 1978 werden zwecks Durchführung dringender Instandsetzungsarbeiten am städt. Objekt Steyr, Straße des 12. Februar 1 folgende Aufträge vergeben:

| | |
|---|---|
| 1. Dachdeckerarbeiten: Firma Wittner, Steyr, zum Anbotpreis | S 149.322,-- |
| 2. Spenglerarbeiten: Firma Wittner, Steyr, zum Anbotpreis von | S 110.485,-- |
| 3. Zimmermannsarbeiten: Firma Weidinger, Steyr, zum Anbotpreis von | S 10.000,-- |
| 4. Baumeisterarbeiten: Firma Jansky, Steyr, zum Anbotpreis von | S 189.165,-- |
| 5. Annahme für Unvorhergesehenes (nicht voraussehbare Mehrarbeiten bzw. Reparaturen) | S 21.028,--. |

Zum genannten Zweck wird der Betrag von

S 480.000,--
(Schilling vierhundertachtzigtausend)

bei VSt 1/8460/6140 freigegeben.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Eine Frage an Sie, ob jemand das Wort wünscht? Ich sehe, das ist nicht so. Dann stimmen wir ab. Gibt es eine Gegenstimme? Bitte aufzuzeigen. Das ist nicht der Fall. Eine Enthaltung wird auch nicht aufgezeigt, somit ist der Antrag einstimmig beschlossen. Ich danke der Berichterstatterin.
Nächster ist Koll. Kinzelhofer.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:
Werte Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich habe Ihnen 3 Anträge des Stadtsenates vorzutragen. Der erste Antrag betrifft

15) Bau6-5707/78
Kanalisation Steyr-Stein, 2. Bauabschnitt.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 1. 8. 1978 wird zur Durchführung des 2.. Bauabschnittes der Kanalisation Steyr-Stein der Betrag von

S 1,947.600,--
(Schilling eine Million neunhundertsiebenundvierzigtausendsechshundert)

bei VSt 5/8110/0507 freigegeben und eine überplanmäßige Ausgabe von

S 52.400,--
(Schilling zweiundfünfzigtausendvierhundert)

bei derselben Voranschlagsstelle bewilligt. (Jahresrate 1978 S 2,000.000,- .
Die Deckung hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen.
Der Auftrag ist der Fa. Kainz u. Co zum Anbotpreis von S 6,673.059,- zu übertragen.
Gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat infolge Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Ihre Genehmigung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Danke. Möchte jemand das Wort ergreifen? Das ist nicht der Fall. Wir stimmen ab. Wer ist gegen den Antrag? Ich sehe niemanden. Enthaltungen? Auch niemand, der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:
Der zweite Antrag betrifft:

16) Bau6-1762/75
Kanalisation Steyr-Dornach, 2. Bauabschnitt.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 18. 8. 1978 wird betreffend die Abrechnung der Baukosten der Kanalisation Steyr-Dornach, 2. Bauabschnitt, ein Betrag in Höhe von

S 260.000,--
(Schilling zweihundertsechzigtausend)

als überplanmäßige Ausgabe bei VSt/8111/0504 bewilligt. Die Deckung hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen.

Der Magistrat ist im Sinne des § 44, Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr infolge Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Sie haben auch diesen Antrag gehört. wieder die Frage an Sie, ob jemand zu sprechen wünscht? Das ist nicht der Fall. Gibt es eine Gegenstimme zum Antrag? Auch nicht? Eine Enthaltung? Wird auch nicht angezeigt, somit einstimmiger Beschluß. Wir kommen zum nächsten Antrag.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:
Der 3. Antrag betrifft:

17) ÖAG-4270/78
Stadtwerke
Austausch der Niederdruckgasleitung in
äußeren Teil der Sierninger Straße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Entsprechend dem Amtsbericht der Stadtwerke vom 28. 7. 1978 wird dem Austausch der Niederdruckgasleitung im äußeren Teil der Sierninger Straße (zwischen den Häusern Nr. 94 und Nr. 118) grundsätzlich zugestimmt.
Zu diesem Zwecke werden folgende Aufträge vergeben:

| | |
|---|---|
| 1. Ausführung der Bauarbeiten: | |
| Firma Kössler, zum Preise von | S 417.025,- |
| 2. Verlegung der Rohre: | |
| Städt. Gaswerk zum Preise von | S 50.400,-- |
| Rohrmaterial im Werte von | S 165.000,-- |

ist dem städt. Lagerbestand zu entnehmen.
Die Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.
Gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Um Annahme wird ersucht.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Ich danke für die Berichterstattung.Zum Antrag eine Wortmeldung gewünscht? Dem ist nicht so. Wir stimmen ab. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Eine Enthaltung wird auch nicht aufgezeigt, somit einstimmiger Beschluß. Wir danken dem Berichterstatter. Der Nächste ist Koll. Wallner.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren!
Wenn Sie gestatten, darf ich meine 3 Anträge wieder in Kurzform vortragen. Der erste Antrag:

18) Buch-4436/78
Erhöhung der Kreditansätze bei VSt 1/0230/7280
(Fremdvermessung).

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 2. 8. 1978 wird der Aufstockung der Mittel bei VSt 1/0320/7280 von S 100.000,- um S 200.000,- auf S 300.000,- zugestimmt.
Zu diesem Zweck wird eine überplanmäßige Ausgabe bei dieser Voranschlagsstelle bewilligt.
Die Deckung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Zum Antrag eine Wortmeldung? Es wünscht, wie ich sehe, niemand zu sprechen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist dagegen? Niemand.
Enthaltung wird auch nicht angezeigt, somit einstimmiger Beschluß.

STADTRAT MANFRED WALLNER:
Zweiter Antrag:

19) Bau4-5018/53
Sanierung der Ennstalbrücke.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 1. August 1978 wird zur Sanierung der Ennstalbrücke ein überplanmäßige Ausgabe von

S 3,530.000,--
(Schilling drei Millionen fünfhundertdreißigtausend)

bei VSt 1/6120/6110 bewilligt.
Die Deckung ist aus Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu nehmen.
Die Aufträge werden wie folgt vergeben:
1. Baumeisterarbeiten exkl. Verschleißschicht an die Fa. Arge Negrelli-Hamberger zum Preise von S 2,388.391,-
2. Ausführung der Verschleißschicht als Gußasphalt an die Fa. Terrag ASDAG zum Preise von S 1,141.650,-.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Sie haben den Antrag vernommen. Eine Wortmeldung dazu? Nicht vorgebracht. Dann stimmen wir ab. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Gibt es eine Enthaltung zu vermerken? Auch nicht, der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:
Im letzten Antrag bitte ich Sie ebenfalls um Zustimmung.

20) Bau3-2271/72
Restarbeiten am Objekt Liebisch.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 4. 8. 1978 wird für die Baumeisterarbeiten am Objekt Liebisch eine außerplanmäßige Ausgabe im Betrag von

S 85.400,--
(Schilling fünfundachtzigtausendvierhundert)

bei VSt 5/6122/0025 bewilligt.
Die Deckung dieser außerplanmäßigen Ausgabe hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen.
Der Auftrag ist der Fa. Adami zum Anbotpreis von S 85.361,- zu übertragen.
Gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat infolge Dringlichkeit zum sofortigenVollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Der letzte Antrag des Koll. Wallner steht zur Behandlung. Wortmeldung ist keine aufgezeigt. Wir stimmen ab. Gibt es eine Gegenstimme? Ich sehe, das ist nicht so. Eine Enthaltung? Auch nicht, somit einstimmig angenommen.
Ich danke Koll. Wallner für seinen Vortrag. Nächster ist Kollege Wippersberger.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Werte Damen und Herren!
Zwei Anträge des Stadtsenates darf ich Ihnen zur Beschlußfassung unterbreiten. Der erste dieser beiden Anträge befaßt sich mit:

21) Bau6-3099/78
Detailprojektierung Ennsdüker I und Pumpwerk C.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Auf Grund des Amtsberichtes der MA III - Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung - vom 4. 8. 1978 wird der Übertragung der Detailprojektierung der Fa. Ing. Büro Dipl. Ing. Dr. Flögl, Linz, zum Preise von

S 380.000,-
(Schilling dreihundertachtzigtausend)

zugestimmt.
Die erforderlichen Mittel in Höhe von S 380.000,- werden bei der VSt 9/----/2796 freigegeben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Sie haben den Bericht gehört. Eine Wortmeldung ist nicht vorgemerkt. Wir stimmen ab. Gibt es eine Gegenstimme? Eine Enthaltung? Ebenfalls nicht, der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Der zweite und zugleich letzte Antrag lautet:

22) Bau3-2827/75
Aufschließung Waldrandsiedlung; Sanierung des Rutschgebietes.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 18. August 1978 werden die Arbeiten zur Sanierung des Rutschgebietes im Bereiche der Waldrandsiedlung an die ARGE Waldrandsiedlung vergeben.
Die Freigabe der erforderlichen Mittel erfolgte bereits mit Gemeinderatsbeschluß vom 14. 3. 1978.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Sie haben den Antrag vernommen. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wir stimmen ab. Gibt es eine Gegenstimme? Eine Enthaltung? Auch nicht, der Antrag ist einstimmig beschlossen. Danke.
In Vertretung des entschuldigten Stadtrates Zöchling wird Gemeinderat Feuerhuber berichten.

BERICHTERSTATTER GEMEINDERAT KARL FEUERHUBER:
Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich habe Ihnen 2 Anträge des Stadtsenates zum Vortrag zu bringen und bitte Sie um Erteilung der Zustimmung. Der erste Antrag lautet:

23) Bau3-1781/75
Ausbau der Hubergutstraße - Ulricher Kreuzung;
Auszahlung von Geldentschädigungen.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 18. August 1978 betreffend das Bau-

vorhaben Ausbau der Hubergutstraße - Ulricher Kreuzung wird der Einlösung der erforderlichen Grundflächen zugestimmt.
Die Freigabe der hiefür erforderlichen Mittel im Gesamtbetrag von

S 632.700,-

erfolgte bereits mit Gemeinderatsbeschluß vom 27. 7. 1978.

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Haben Sie eine Wortmeldung zu diesem Antrag? Ich sehe keine. Wir stimmen ab. Wer ist dagegen? Niemand. Wer möchte sich der Stimme enthalten? Auch niemand. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

GEMEINDERAT KARL FEUERHUBER:
Der letzte Antrag beschäftigt sich mit:

24) GHJ2-2700/78
Abgabe einer Option an Dkfm. Hans Weinzierl
zwecks Errichtung eines Hotels in Steyr.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Der Abgabe einer befristeten Option zwecks Errichtung eines Hotels in Steyr auf dem Gelände des Volkskinos durch Herrn Dkfm. Hans Weinzierl nach Maßgabe des vorstehenden Amtsberichtes wird zugestimmt.
Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Herrn Bürgermeister um die Abstimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Sie haben den letzten Antrag der heutigen Tagesordnung vernommen. Ich frage, ob sich dazu jemand zu Wort meldet? Das ist nicht so, dann stimmen wir ab. Wer ist für den vorgebrachten Antrag, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ich sehe schon jetzt die Einstimmigkeit. Dadurch erübrigen sich die Gegenproben.

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren, für die Abwicklung der heutigen Sitzung. Ich darf Ihnen zur Kenntnis bringen, daß insgesamt ein Betrag von S 25,436.000,- in allen diesen Anträgen, die Sie behandelt und entschieden haben, enthalten ist.

Ich darf mir erlauben, Ihnen auch für die zeitlich kurze Abwicklung der Sitzung zu danken.
Die Sitzung ist damit beendet.

Ende der Sitzung: 16.58 Uhr.

Der Vorsitzende:

Die Protokollführer:

Die Protokollprüfer: